

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 2 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 86.—
ganzjährig . . . 192.—

Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich früh.

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

3. Jahrgang.

Freitag, 7. September 1923.

Nr. 209.

Arbeiterhaß der Deutschnationalen.

Die Grubenherren, Deutsche wie Tschechen, Christen wie Juden, haben die gesamte Bergarbeiterschaft der Tschechoslowakei mutwillig und brutal in den Verzweiflungskampf getrieben. Das gute Recht der Bergarbeiterschaft liegt sonnenklar zutage. Sie wehren sich gegen die trostloseste, bitterste Verelendung, in die sie die Grubenkapitalisten stoßen wollen. Wenn je ein Arbeiterstreik das Verständnis, — wenn schon nicht die Sympathie — auch der anständigen, einsichtigen, nicht gerade großkapitalistischen Kreise des Bürgertums zu wecken geeignet schien, so vor allem dieser Streik, den die Bergarbeiter nicht etwa führen, um höheren Lohn zu erringen, sondern weil sie ihre ohnehin aufs äußerste herabgedrückte Lebenshaltung zwingt, sich gegen die ihnen zugemutete weitere ungeheuerliche Lohnkürzung zu verteidigen. Innerhalb des letzten Jahres mußten sich die Bergarbeiter Lohnherabsetzungen von 37 bis 45 Prozent gefallen lassen. Dennoch wollen die Bergwerksunternehmer den Arbeitern eine weitere Herabsetzung bis zu 30 Prozent aufzwingen und sie waren es, welche die günstigen Lohnverträge gekündigt haben. Alle bisherigen Lohnkürzungen sind im Preis der Kohle fast gar nicht zum Ausdruck gekommen und sie haben auch keine Verbilligung der Bedarfsartikel gebracht. Auch die den Bergarbeitern zugemutete neuerliche Lohnkürzung würde nur dazu beitragen, die Grubenherren noch mehr zu bereichern, nicht aber der Allgemeinheit Vorteile zu schaffen.

So offenkundig es aber auch ist, daß die Bergarbeiter einen ihnen ausgenötigten Kampf gegen ihre Verelendung führen, so hat sich doch eine Partei gefunden, die sich gegen die Bergarbeiter und an die Seite der profitgierigen, ausbeutungswütigen Grubenherren stellt: es ist die Partei des Abgeordneten Dr. Lodgman, die Deutsche Nationalpartei! Es vergeht nun kein Tag, an dem das Hauptblatt dieser Partei, die „Subden deutsche Tageszeitung“, die kämpfenden Bergarbeiter nicht auf das infamste befeuern und verleumden würde. Die Arbeiter wollen und können sich eine dreißigprozentige Lohnherabsetzung nicht gefallen lassen, doch was schreibt das edle deutschnationale Blatt: „Der Verdacht ist sehr begründet, daß der ganze Streik bezahlt ist und das Schandwerk einer Korruption sondergleichen darstellt.“ Welcher bezahlte Goldschreiberling der Kohlenbarone könnte dreister und verlogener den Raubzug der Grubenherren verteidigen, als es dieser deutschnationale Schriftleiter tut! „Der deutsche Arbeiter wird mit dazu verwendet, sich selbst um den Arbeitsplatz zu bringen.“ Die Bergarbeiter hätten also die neuerliche Lohnherabsetzung fromm und ergeben hinnehmen und sich die Haut geduldig über die Ohren ziehen lassen sollen: das ist die soziale Einsicht der Deutschnationalen, die auch bei diesem schweren Existenzkampf der Bergarbeiter diesen heimtückisch zugunsten der jüdischen und christlichen Grubenkapitalisten in den Rücken fallen. „Gehen dem Arbeiter noch immer nicht die Augen auf, daß seine Führer ihn ins Elend führen, ihn und sein Volk . . .“ Wohl gemerkt: nicht die Bergwerksunternehmer, welche „ihre“ Grubenfluben zu einem Hungerdasein verurteilen wollen, führen den Arbeiter ins Elend, sondern die — sozialdemokratischen Führer. (!) Der deutschnationale Kapitalistenhath in der „Subden deutschen Tageszeitung“, der so offen die Geschäfte des Ausbeutertums bejagt, bringt auch noch die Infamie auf, sich um die Arbeiter, die er den Ausbeutern ans Messer zu liefern sucht, bejagt zu stellen! Er spricht von den „Führern“, aber er meint natürlich die Arbeiter. Darum erklärt er auch den Streik als eine „Mache des französisch-tschechisch-jüdischen Kapitals.“ Kein Wort gegen die Brutalität der Bergwerksbesitzer, die viele zehntausende Arbeiterfamilien, darunter tausende Deutsche, ins Elend stürzen wollen, um

Rettungsmaßnahmen für die deutsche Finanzwirtschaft.

Beschlagnahme der illegalen Devisenbestände.

Berlin, 6. September. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett hat heute die ersten Maßnahmen zur Rettung der deutschen Finanzwirtschaft beschlossen. Zur Vorbereitung der Goldwährung beabsichtigt die Reichsregierung die Schaffung einer privaten Notenbank. Der Einfluß des Reiches an dieser Notenbank soll durch eine starke Beteiligung der Reichsbank sowie durch eine gesetzlich festzulegende Staatsaufsicht gewährleistet werden. Die Notenbank soll durch Einzahlung von Devisen und Goldwerten stark fundierte Goldnoten ausgeben. Diese neue Maßnahme bedeutet keine sofortige Erhöhung der Papiermark durch die Goldwährung: sie ist aber als vorbereitender Schritt auf diesem Wege zu betrachten. Solange nicht die außenpolitische Situation Deutschlands sich günstiger gestaltet und damit die Möglichkeit gegeben ist, zu einer Balancierung des Reichshaushaltes zu gelangen, glaubt die Reichsregierung noch nicht an eine endgültige Währungsreform herangehen zu können. Aus diesem Grunde hat das Reichskabinett zugleich mit dem Plan einer Goldnotenbank finanzielle Maßnahmen beschlossen. Am Freitag wird die Notverordnung in Kraft treten, durch die die

Beschlagnahme der illegitimen Devisenbestände vorgenommen werden soll; sie geht von dem Grundsatz aus, daß nur solche Devisen in Privathänden berechtigt sind, die produktiven Zwecken dienen, daselbe gilt für ausländische Wertpapiere. Die angekündigte Notverordnung wird nur zwei Paragraphen enthalten und außerdem die Ernennung eines Devisenkommissärs vorsehen, der mit sehr weitgehenden Vollmachten ausgestattet sein wird. Seine Tätigkeit soll sich auf die Aufsicht über die Ablieferung der angeforderten Devisen und auf einzelne Nachforschungen erstrecken. Die Ablieferung der Devisen erfolgt zum Tagespreis. Außer diesen Maßnahmen hat das Finanzministerium weitgehende Pläne zur Beschneidung der Ausgabenseite des Reichsbudgets vor. In der Steuerpolitik wird die Berechnung in Gold vorbereitet; alle diese Maßnahmen dienen der Absicht, zu einer Sanierung des deutschen Finanzsystems zu gelangen. Zu ihrem Erfolg wird es schließlich entscheidend sein, ob die deutsche Außenpolitik es vermag, Deutschland aus der jetzigen Situation herauszuführen.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

Die Straßen voll von Leichen. — Nahrungsmangel. — Ein Eisenbahnzug ins Meer gekürzt. — Zerhörte Gefandtschaftsgebäude. — Widersprechende Meldungen. — Zwei Kriegsschiffe gesunken.

Paris, 6. September. Ueber die Erdbebenkatastrophe in Japan liegen folgende neue Meldungen vor: Nach dem „Petit Journal“ liegen die Straßen von Yokohama voll von Leichen. An vielen Orten brennt das aus den Behältern der Standard Oil Company und anderer Gesellschaften ausgestoßene Petroleum noch weiter. Das Hotel „United Club“ und das „Oriental-Hotel“ stürzten ein, gleich darauf das englische und das amerikanische Konsulat. In diesen Gebäuden soll die Zahl der Ueberlebenden sehr gering sein, da es Mittagzeit war und die meisten Bewohner in ihren Zimmern waren! Die Lage der die schreckliche Katastrophe überlebenden Bevölkerung ist bedauerndwert, denn sie leidet noch immer an Nahrungsmangel. In Yokohama gingen an 5000 Chinesen zugrunde. Wie aus Nagasaki berichtet wird, stürzte am Samstag ein Personenzug bei Kobe ins Meer, wobei 300 Reisende ertranken. Die Votschaftsgebäude Italiens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten und die Gefandtschaftsgebäude Polens, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Chinas und der Niederlande in Tokio sind durch das Erdbeben zerstört worden. Das Gebäude der englischen Votschaft blieb unversehrt. Das Gebäude der japanischen Votschaft ist teilweise eingestürzt. Der belgische Votschaftler wurde getötet. Die telegraphische Verbindung zwischen Yokohama und Washington ist wieder hergestellt. Nach einer Mitteilung der kaiserlichen Universität in Tokio hat sich das Zentrum des Erdstoßes 62 Kilometer südlich von Tokio im Atlantischen Ozean befunden. Bei Hirasuki wurde durch das Erdbeben ein Eisenbahnzug vernichtet, wobei zahlreiche Personen getötet wurden, darunter auch der amerikanische Militärattache und der Sekretär der deutschen Votschaft. — Englische Staatsangehörige teilten dem britischen Konsul als Augenzeugen mit, daß die in den Beamten- und Geschäftsquartieren von Tokio verursachten Schäden nicht so unabhäbar seien, wie früher angeführt worden ist. Aus den Aussagen dieser Personen könne man schließen, daß die britische Votschaft, sowie auch das Konsulatsgebäude gerettet sind. Diese Zeugen erklären auch, daß einige Stadtteile von Tokio in ziemlich gutem Zustande seien. Nach einer amtlichen Mitteilung blieben die Gebäude der Admiralität des auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums und des Justizministeriums unversehrt. Aus Yokohama sind in Kobe mehr als 400 britische Flüchtlinge eingetroffen. — Direkte Nachrichten über das Unglück, welches Tokio ereilt hat, sind in Kobe bis nun sehr spärlich eingetroffen, da bis zum gestrigen Nachmittag die Verbindung mit der Hauptstadt nicht wiederhergestellt war. Die Zusammenstellung der Verzechnisse der Toten und Vermissten ist eine sehr mühselige und deshalb müssen alle Nachrichten mit Reserve aufgenommen werden. — Die japanische Nachrichtenagentur in Osaka meldet, daß zwei große japanische Kriegsschiffe bei der plötzlich eingetretenen Flut nach dem Erdbeben am Samstag bei Yokosuka gesunken sind.

sich selber zu bereichern! Dafür um so gehässiger, verleumderischer Angriffe gegen die kämpfenden Bergarbeiter: das ist die Tätigkeit der Partei des Herrn Dr. Lodgman und seines Leibblattes in dem großen sozialen Ringen, das die Grubenunternehmer vorfälschlich vom Faune gebrochen haben! Wesen und Charakter der deutschnationalen Partei zeigt so ihr Verhalten zum Kampf der Bergarbeiter wie im Spiegel. Es ist die alte Partei der borniertesten und gehässigsten Arbeiterfeindschaft ebenso wie die Partei nicht nur des deutschen, nein, des internationalen Ausbeutertums. Sie will als nationale Partei eine Partei des deutschen Volkes sein, ist aber

Die Nationalsozialisten für das Privateigentum.

Je stärker der Kapitalismus immer breitere Schichten der Bevölkerung zur Empörung gegen sich erregt, zu desto heimtückischeren Mitteln greifen die Verteidiger des Kapitalismus und so erleben wir das Schauspiel, daß Kapitalistenföhllinge unter angeblich sozialistischer Flagge ins Feld ziehen, um in die Reihen der Arbeiterschaft Verwirrung zu bringen. Das ist die Aufgabe der Nationalsozialisten. Um sie klar und vollständig zu erfüllen, rückt am 6. September der Duxer „Tag“ zur Verteidigung des Privateigentums aus.

„Karl Marx hat bekanntlich das Eigentum gelehrt, ja geradezu Eigentum als Diebstahl erklärt,“ schreibt der „Tag“. Das ist bekanntlich ein Unsinn. Denn erstens stammt der zitierte Ausspruch von Proudhon und zweitens hätte Karl Marx dümmer sein müssen als ein Schriftleiter des „Tag“, wenn er eine so offenkundige Tatsache, wie das Privateigentum „gelehrt“ hätte. Wenn aber der „Tag“, dem wir im Unterrichtsgegenstand „deutsche Sprache“ ein wenig zu Hilfe kommen müssen, mit diesem Ausspruch jagen wollte, daß die Sozialisten das Privateigentum bekämpfen, so beweist er durch die verschwommene Allgemeinheit der Fassung nur, wie wenig er von Wirtschaft und Wirtschaftsgeographie versteht.

Die Sozialisten bekämpfen das kapitalistische Privateigentum, die Monopolisierung der Produktionsmittel in der Hand einer kleinen Minderheit von Kapitalisten. Diese Eigentumsform hat nicht immer bestanden. Die mittelalterliche Wirtschaftsordnung beruht auf dem Kleinbetrieb, auf der Erzeugung für den lokalen Markt und durch selbständige kleine Handwerker, die ihre Werkzeuge und Rohmaterialien als Privateigentum besitzen. Niemals hat sich der Kampf der Sozialisten gegen dieses Privateigentum gerichtet. Dieses Privateigentum ist längst durch die geschichtliche Entwicklung überwunden worden. Die industrielle Revolution, die Einführung der großen Maschinerie in allen für die Wirtschaft entscheidenden Produktionszweigen hat den selbständigen kleinen Handwerker völlig in den Hintergrund gedrängt. Heute wird die Produktion vom Großbetrieb beherrscht, die großen Kapitalisten und kapitalistischen Aktiengesellschaften sind es, welche in immer steigendem Maße über alle Produktionsmittel verfügen. Wegen dieses Privateigentums richtet sich der Kampf der Sozialisten.

Durch diese kapitalistische Entwicklung sind immer größere Schichten der Bevölkerung proletarisiert, das heißt, sie werden vom Eigentum an Produktionsmitteln getrennt und dadurch vom Kapitalisten abhängig gemacht, da sie gezwungen sind, ihm ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sie alle haben daher ein Interesse daran, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwunden wird. Das kann aber nicht, wie der „Tag“ zu meinen vorgibt, dadurch geschehen, daß Privatbesitz, der ein bestimmtes Maß überschreitet, verboten wird. Diese Vorstellung ist wohl auch von den Nationalsozialisten nicht ernst gemeint, sie ist schlechtweg eine Kinderei. Wo soll z. B. diese Obergrenze sein? Der „Tag“ wird um Antwort gebeten! Auf welche nationalökonomische Schule stützt sich wohl der „Tag“, der solchen hanebüchenen Unsinn verbreitet? Karl Marx hat doch nicht erst den Kapitalismus erfunden, sondern nur sein inneres Wesen klargestellt, die objektiven Entwicklungsstendenzen, die dem Kapitalismus innewohnen, aufgezeigt, und so die Notwendigkeit des Klassenkampfes wissenschaftlich begründet. Weder wir, noch die Nationalsozialisten, können den wirtschafts-geschichtlichen Prozeß der Zusammenfassung des Kapitals aufhalten oder hindern. Gerade diese Entwicklung des Kapitalismus macht ihn zur Ueberwindung durch den Sozialismus reif — wie Marx, bis heute noch unwiderlegt — nachgewiesen hat.

Durch die Verwirklichung des Sozialismus soll nicht, wie der „Tag“ seinen Anhängern weismachen möchte, der Arbeiter um seine eigene Zimmereinrichtung oder sein kleines Häuschen gebracht werden; im Gegenteil, die Gesellschaft soll durch die organisierte Verfügungsgewalt über alle Reichtümer der Gesellschaft in den Stand gesetzt werden, allen ihren arbeitenden Mitgliedern die Güter und Genußmittel reichlicher zuzuteilen, als es in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geschieht. Denn heute nehmen die Kapitalisten von der Fülle des Reichtums den Großteil für sich in Anspruch und lassen den Arbeiter nur seinen kleinen Lohn. Wenn daher der „Tag“ schreibt: „Schaffen und Besitzen sind für jeden Klardenken-

nur, was sie seit jeher war, eine Schutztruppe der Kapitalisten. Was ihre Väter an sozialpolitischer Einsicht, wenn auch in verdünntem Maße, besessen haben, sie hat es längst ver-gessen, und hat sich in stumpfsinnigen Arbeiterhaß verwandelt. Heute sind es die Bergarbeiter, welche die deutschnationale Schriftleiterpresse verleumdet und bespuckt, morgen wird es eine andere Arbeiterschicht sein, die sie im Dienste der Ausbeuter zu befudeln und zu bekämpfen bestrebt sein wird. Dessen mögen die Arbeiter, um deren Stimmen die Deutschnationalen bei den Gemeindevahlen wieder buhlen werden, eingedenk sein!

den Menschen unzer trennlich, so will er damit nur die Tatsache verhüllen, daß gerade in der heutigen Gesellschaft Schaffen und Besitz voneinander getrennt sind, denn die Schaffenden sind heute beschlos und die Besitzenden müssen nicht schaffen.

Der Kampf des „Tag“ gegen den „Ueberkapitalismus“ ist daher nur ein Scheinkampf, denn der Ueberkapitalismus kann nur beseitigt werden durch die Ueberwindung des Kapitalismus selbst, dessen Entwicklungsform er ist. Darum ist auch der Schlachtruf „Brechung der Zins knechtschaft“ eine blecherne Fanfare. Denn ebenso, wie sich aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln ihre immer stärkere Konzentration ergibt, so folgt aus den wirtschaftlichen Gesetzen des Kapitalismus der Zins, der wieder nur durch die Abschaffung des Kapitalismus selbst überflüssig gemacht werden kann. Häute der Theoretiker des „Tag“ von der marxistischen Literatur mehr gelesen, als die Zielblätter, so hätte er daraus lernen können, daß zur Aufrechterhaltung der ständigen Warenzirkulation in jeder kapitalistischen Wirtschaft Geld notwendig ist, daß immer ein gewisser Teil des Kapitals in Geldform vorhanden sein muß. Diese Notwendigkeit gibt aber den Besitzern dieses Kapitals in Geldform, den Finanzkapitalisten, die Macht, für die Ueberlassung dieses Geldkapitals an die produzierenden Kapitalisten eine Vergütung zu verlangen, eben den Zins. Es ist daher lächerlich, wenn der „Tag“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorwirft, daß sie den Zins „zu rechtfertigen versucht.“ Denn in der kapitalistischen Gesellschaft ist eben der Zins unvermeidlich, wer kann in der kapitalistischen Gesellschaft nicht abgekauft werden, die die Geschichte aller bisherigen Zinsbeschränkungen und Zinsverbote klar beweist. Man kann nicht den Geldbesitzer das Zinsnehmen „verbieten“, sondern man muß eben das Geldkapital als solches aufheben und weil das Geldkapital von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unzer trennlich ist, heißt das nichts anderes, als die Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die auf dem Prinzip des Privateigentums beruht.

Diese Aufhebung des Kapitalismus erstrebt der Klassenkampf des Proletariats. Die arbeitenden Massen, in der sozialdemokratischen Partei organisiert, erobern immer größere Macht in der Gesellschaft, erwerben sich durch ihre Tätigkeit in Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsräten usw. immer mehr die Fähigkeit, selbst zu wirtschaften und zu verwalten und gelangen endlich dazu, die gesamte Volkswirtschaft zum Nutzen der ganzen Gesellschaft selbst zu leiten. Alle Menschen sind zu Arbeitern, aber auch alle zu Teilhabern an den Gütern der Gesellschaft geworden und der Klassenkampf endet mit dem Ausschließen der Klassenpaltung. Das ist die „marxistische“ Fiktion, die das Volk in Klaffen zerrissen hat. Daß sich die Arbeiter organisierten, daß sie vor allem in England das ganze Land umfassende Streiks führten, noch ehe Marx eine einzige Zeile schrieb, braucht ein nationalsozialistischer Wissenschaftler natürlich nicht zu wissen. Nach seiner Ansicht waren wahrscheinlich auch die römischen Plebejer in ihrem Kampfe gegen die Patrizier, mehr als 2000 Jahre vor Marxs Geburt, und die aufständischen Bauern des 16. Jahrhunderts von marxistischen Irrlehren misgeleitet. Auch sie haben Klassenkämpfe geführt und immer haben diese Klassenkämpfe, und sei es auch nach Jahrhunderten, mit dem Sieg der unterdrückten Klasse geendet. So muß auch der Klassenkampf der Arbeiter zu ihrer Befreiung führen und weil sie keine Klasse mehr in Unterdrückung halten, zur Abschaffung der Klassen überhaupt.

Der Ausflug aus dem gewohnten Feld der Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie in das für ihn unzugängliche Gebiet der Wissenschaft ist also dem Duxer „Tag“ recht schlecht bekommen. Er ist eben nur ein Sonntagstreiter auf dem hohen Ross der Theorie. Wir möchten ihm anraten, den zweiten Band von Marxs „Kapital“ und Hilsbergs „Finanzkapital“ solange zu studieren, bis er es wirklich verstanden hat und bis dahin sich des Schreibens zu enthalten. Aber wir fürchten, wenn er diesen Rat befolgt, auf Lebensdauer um den Genuß seiner Artikel zu kommen.

Die Gemeindevahlen.

Deutschnationale Verdrehungen.

Was sie alles tun, da ihnen die Argumente im Wahlkampf fehlen.

Die Deutschnationalen sind sehr rasch zur Einsicht gekommen, daß sie mit der bisherigen Armseligkeit an Scheinargumenten, mit denen sie in den letzten Tagen gegen die Sozialdemokratie zu Felde zogen, das Auslangen im Wahlkampfe nicht finden können. Wenn sie in niedriger Kampfstufe neue faulide Lügen vorbringen, so werden sie von uns stets sofort bloßgestellt, indem wir auf der Stelle den Beweis für die Ungehörigkeit der deutschnationalen Zeitungsschreiber erbringen. Gebt's nicht so, gebt's anders — denken die Herren Schriftleiter und tauchen, da sie mit der Gegenwart so gar kein Glück haben, in die ältere Vergangenheit unter, um dort ein paar „Schlager“ gegen die Sozialdemokratie auszugraben. Bis in die verstaubten Berichte und Protokolle aus dem Jahre 1880 steden die Annapen des Herrn Lodgman ihre Nasen in der sichersten Suche nach Wahlmaterial. Diese Tatsache allein beweist schon, in welcher unangenehmer Lage sich die Deutschnationalen befinden, die selber ihr Kernholz so voll haben, daß neue Schuld schon fast keinen Platz mehr darauf hat.

Ja, bis in das Jahr 1880 hat sich die emsige „Zubetendeutsche Tageszeitung“ zurückerfent und von da an zählt sie alle angeblichen Sünden der parlamentarischen Fraktion der reichsdeutschen Sozialdemokraten bis zum Jahre 1902 auf. Die deutschnationale Exkursion in das Deutschland vor 40 Jahren zum Zwecke der Vernichtung der deutschen Sozialdemokratie in der Ichnostowatei von heute ist denn auch darnach ausgefallen.

Die „Zubetendeutsche Tageszeitung“ stellt fest, daß in den Jahren 1880 bis 1902 die Sozialdemokraten im deutschen Reichstag gegen die Krankenversicherung, gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung, gegen das Arbeiterschutzgesetz, gegen das Gesetz wider den unlauteren Wettbewerb, gegen die Hölle auf Luzugenußmittel usw. — kurz gegen alle Gesetze gestimmt haben, die das Arbeiterinteresse betrafen.

Wir fragen: Warum verschleißt das verlogene Organ des Herrn Lodgman die Gründe, aus denen die sozialdemokratische Fraktion im deutschen Reichstag diese Gesetze ablehnte?

Antwort: Weil daraus sofort ersichtlich würde, daß unsere reichsdeutschen Genossen eben durch ihre ablehnende Haltung die proletarischen Interessen gegenüber den reaktionären, monarchistischen und arbeitereindlichen Junkern und Kapitalisten vertreten, die zur Zeit Bismarcks, nachher und bis auf unsere Tage einen niederträchtigen Schwindel mit den Arbeitern trieben, in demagogischer Weise Gesetze erließen, die unter sozialer Fäule das traurige Los der Arbeiterschaft aus der Zeit der Sozialistengesetze der ewigen sollten. Man schuf ein Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz, das den Opfern vom Schlachtfeld der Industrie einen elenden Bettel gab, knüpfte die minimale Invalidenrente an außerordentlich harte, für den Arbeiter fast nie erreichbare Bedingungen, bestimmte eine unerhörte lange Wartezeit und überantwortete so mit diesem trübseligen

Arbeiterversicherungsgesetz dennoch die Invaliden den bürgerlich begräbierenden Folgen der öffentlichen Armenpflege.

Ein solches Gesetz eintrug sicherlich den Wünschen der Vorfahren Wulles und Westarps, Kallinas und Schollischs. Daß Sozialdemokraten mit aller Leidenschaft dagegen stimmten, ist selbstverständlich.

Und so wie mit dem famosen Arbeiterschutzgesetz aus dem Jahre 1891, verhält es sich mit allen anderen Gesetzen, aus deren Ablehnung durch die Sozialdemokraten die „Zubetendeutsche Tageszeitung“ mit einem ganz gewöhnlichen Dreh Material gegen uns erfinden will. Das Wärfengeseß stellte sich als agrarischer Schwindel heraus, um höhere Getreidepreise zu erzielen, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb stellte den Handlungsgehilfen vor den Strafrichter, während dasselbe Vergehen des Chefs strafflos blieb, die Hölle auf Luzugenußmittel dienten so wie alle anderen Hölle nur den profitgierigen Junkern und Großagrariern, die Steuer auf Champagner beispielsweise sollte wieder zu Zwecken des Militarismus und Marinismus verwendet werden.

So also sieht das Sündenregister — des wilhelmschen Regimes aus, für das die Herren um die „Zubetendeutsche Tageszeitung“ noch heute begeistert sind. Daß sich die reichsdeutsche Sozialdemokratie vor dreißig und vierzig Jahren nicht von der Demagogie der Arbeiterfreunde a la Bismarck irreleiten ließ und durch ihre unbeirrbar, konsequente Vertretung der wahren Arbeiterinteressen zur Erweckung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft wurde — aus diesem Ruhmesittel der Partei Liebknechts, Bebel's und Singers will das geistesarme Häuflein Deutschnationaler um Lodgman sich Wahlmaterial gegen uns beschaffen! Wie sehr machen sie sich doch mit diesem „Material“ lächerlich, mit dem sie schon ein Vierteljahrhundert gegen uns treiben gehen, das sie schon bei jeder Wahl im alten Oesterreich in derselben Verdrehung politischen Kenntnis sie so für ihre Zwecke auszunutzen suchten. Von Erfolg war diese „historische“ Arbeit der Deutschnationalen nie gekrönt und so wird es ihnen auch heute nicht gelingen, damit auch nur das Allgeringste für sich herauszuschlagen.

Die Sehnsucht nach den sozialistischen Stimmen.

Die Gemeindevahlen nähern sich und unsere waderen Prager Deutschbürgerlichen wird von Tag zu Tag vor ihrer Einigkeit banger und bänglicher. Mit Sorgfalt haben sie, wie sie in ihrem Wahlaufzuge schreiben, die Auswähl der Kandidaten getroffen und für jede Geschmacksrichtung ihrer gemischten Gesellschaft vorgesorgt und siehe da, trotzdem sie die Solidarität der Auswählerinteressen darin dokumentieren, daß sie den Hakenkreuzler, Weibichhof, Deutschnationalen, Christlichsozialen und sogar ihre ungarischen Horthylandkandidaten hinter dem jüdischen Listenführer verstecken — die Wähler murren und woffen sich für diese „Einigkeit“ nicht erwärmen.

Krampfhaft kratzt sich der deutschdemokratische Schmod der „Bohemia“ mit der rechten Hand hinter dem linken Ohr und sinnt und sinnt, wie er Stimmung machen könnte. Doch, zum Glück, haben die Herren in Dr. Oberschall ihren sündigen Weib- und Hausstatistiker und der hat ihnen gestern einen feinen Tip gegeben, den ein richtiger deutschdemokratischer Schornalst schon aususchlagen versteht. Boden nicht die Kandidaten, diese sanfte Mischung von Hakenkreuz, Davidstern und Horthygalgen, dann muß es die Wahlparole tun und die hat der gute Schmod endlich mit der rechten Hand hinter dem linken Ohr hervorgekratzt. Er stellt unter gütiger Mitwirkung des Leibstatistikus Dr. Oberschall vor allem mal die Wahlzahl fest. Er stellt sie fest und wenn der Bohemiaschmod etwas feststellt, dann ist es auch wahr. Also, die Wahlzahl wird 4000 betragen, wobei der liebe Schmod wieder die Tatsache wegkratzt, daß 4000 nur dann die Wahlzahl bilden kann, wenn alle Wähler restlos zur Urne gebracht würden, was auch bei Wahlpflicht nie der Fall ist, so daß die Wahlzahl weit unter die von Schmod „festgestellte“ Ziffer sinken dürfte. Und nun möchte die „Bohemia“ gar so gerne der Desfentlichkeit einreden, daß die Prager deutschen Sozialdemokraten diese von Schmod und Leibstatistik festgestellte Wahlziffer nicht erreichen können und die Deutschbürgerlichen neben anderen Dingen auch den Sieg in der Tasche haben. Und da wird Schmod bitterbö, daß wir, die deutschen Sozialdemokraten Prags, so gar kein Zusammengehörigkeitsgefühl besitzen und uns gleich ihren Kuddelmuddellandkandidaten nicht mit Hakenkreuzlern, Pfaffen und Horthyisten auf das Straußbett ihrer „Einheitsliste“ legen wollen. „Das Deutschtum“ ist in Gefahr! kreischt die alte Tante aus der Annagasse, weil wir uns als Klassenbewußte Arbeiterpartei nicht in den Dienst jenes satfam bekannnten Deutschtums einspannen lassen, das den Herren Rademachern, Banddirektoren und Verwaltungsräten so wohl bekommt.

Und nun halten sie uns unser Sündenregister vor; daß die Sozialdemokraten Oesterreichs mit den Christlichsozialen eine Regierung gebildet haben, was unserer unmaßgeblichen Meinung nach, wenn dadurch der arme, am Abgrunde stehende Staat vor dem Zusammenstürze bewahrt wurde, doch etwas anderes ist, als wenn sich „Demokraten“ mit Christlichsozialen und Horthyisten zu einem schmutzigen Mandatsgeschäftie zusammenfinden. Die Arbeiterregierung in Sachsen schreiben sie uns aufs Kernholz, vermutlich darum, weil sie den Bettgenossen unserer Deutschdemokraten, den Hakenkreuzlern, energisch auf die mit Franzosengeld beschmutzten Finger klopf; und daß wir uns gar bemühten, in Hamburg an der allproletarischen Internationale mitzuarbeiten und uns mit den tschechischen proletarischen Parteien in dieser Internationale zusammenzufinden, erscheint ihnen als Gipfelpunkt sozialdemokratischer Verworfenheit. Wie wohlthuend wirkt doch dagegen die nationale Keuschheit des Herrn Rademacher und seiner Massengenossen, die sich noch nie mit ihren tschechischen Unternehmerkollegen zusammensanden, wenn es galt, ihre Klasseninteressen wahrzunehmen!

Die „Bohemia“ findet es unverantwortlich, daß wir uns eine eigene Kandidatur erlauben und schände auf den Beifall des Herrn Doktor Rademacher und den Segen des Herrn Weibichhofs verzichten, den wir gerade im Hinblick auf unsere obigen Sünden so bitter nötig hätten, damit wir in das deutschdemokratische Himmelreich — der liebe Gott ist bekanntlich auch Deutschdemokrat — einziehen. Wie wäre es, wenn man uns so ein wenig hängen würde — die Spezialisten hierfür, die Horthypleute, haben ja die Herren Deutschdemokraten bei der Hand. Aufgeregt kratzt sich Schmod zum Schluß gar schon mit dem rechten Fuß hinter dem linken Ohr und droht uns, daß wir, wie überall so auch in Prag, die gebührende Antwort erhalten werden. Ruhig, Schmod, es kommt immer anders!

Deutschbürgerliche Spartakus.

Für Fürsteneupfänge Geld genug — für ein Arankenhaus keinen Heller.

Die Deutschbürgerlichen bilden sich recht viel auf ihre Verwaltungskunst ein und reden auch gerne darüber, daß die sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre nicht zu sparen verstehen. Allerdings, so „sparen“, wie die Bürgerlichen, das treffen wir nicht. Ein kleines Beispiel für deutschbürgerliche Spartakus bilden die standalösen Zustände im kuffiger Krankenhause. Unsere Genossen führten einen schweren dreijährigen Kampf gegen die bürgerliche Mehrheit der kuffiger Bezirksverwaltungscommission wegen der Uebernahme des allgemeinen öffentlichen kuffiger Arankenhauses in die Verwaltung des Bezirkes. Erst als im Jahre 1922 die bürgerlichen Vertreter in der Bezirksverwaltungscommission ihre Funktionen niederlegten, konnte sich der Bezirk des Arankenhauses annehmen, und es wurden die nötigsten Einrichtungen nachgeschafft. Es wurde auch ein neuer Verwalter bestellt, der im Jänner 1923 einen Bericht über die Mängel und bürgerlichen Unterlassungsbünden im kuffiger Arankenhaus erstattete. In diesem Bericht wird darauf hingewiesen, daß infolge mangelnder Heizanlagen die Kranken, insbesondere die Kinder, frieren. Die Heizungen sind derart veraltet, daß die Heizer schon mehrmals mit den gefüllten Kohlenbütten abgestürzt sind. Die Arankenbäder sind in einem Zustand, der jeder Beschreiber spottet. Ungemein trübselig sieht es auch in der Wascherei aus. Der primitive Verbandszeugverbrennungsofen, neben der Waschküche, widerspricht allen sanitären Vorschriften und ist der Tummelplatz von Ratten, die Infektionskrankheiten verschleppen.

Die bürgerlich-nationalen Herren in der Bezirksverwaltungscommission wußten von diesen Zuständen und verhinderten es, daß die Sozialdemokraten Wandel schaffen. Dagegen waren die Herren, deren Namen jetzt auf den verschiedenen bürgerlichen Kandidatenlisten erscheinen, sehr freigebig, wenn es galt, Parade zu machen. Beim Besuch des Erzherzogs Karl Franz Josef in kuffig wurden 7771 Kronen bloß für Motorwachtwettfahrten verpulvert. Als der Kaiser zum letztenmale im Jahre 1901 in kuffig war, wurden 103.000 Friedenskronen Gemeindegelder ausgegeben. Für Kaiserbejuche hatten die Herren Geld genug, für arme Kranke wollten sie keinen Heller hergeben. Das bildet eine furchtbare Auflage gegen die bürgerlichen Gemeindeverwaltungen und die bürgerlichen Herren der kuffiger Bezirksverwaltungscommission, eine Auflage, die alle, die ihre Stimmen für deutschbürgerliche Listen abgeben wollten, nachdenklich machen muß!

Etwas für die Prager, Trautnauer, Cimäuer, Duxer, Gablonger und Sudweiser Christlichsozialen.

In allen diesen Orten kandidieren die Christlichsozialen zusammen mit den deutschen Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, den Deutschdemokraten und dem Bund der Landwirte. In allen diesen Orten sollen die Christlichsozialen ihre Stimmen für Listen abgeben, auf denen Vertreter der genannten Parteien paradien. Wir wollen ihnen nun mitteilen, was das christlichsoziale Egerer Blatt auf die Frage: „Welche Partei wähle ich?“ antwortet:

Die Nationalsozialistische? Nein! Ist nicht viel besser als die sozialdemokratische Partei; nur mit einem nationalen Mantelchen ausgeputzt.

Die Deutschnationale Partei? Nein! Auch sie ist freisinnig und mit den Nationalsozialisten schuld am Zerfall der parlamentarischen deutschen Einheit im Prager Parlament, trotzdem sie immer deutsche Einheit predigt.

Die Deutschdemokratische Freipartei? Nein! Ist freisinnig und jüdisch liberal.

Bund der Landwirte oder Gewerkepartei? Nein! Fördern nur den Standeshoch und Klassenkampf und trauen sich nicht, sich als Katholiken zu bekennen und öffentlich aufzutreten. Ihr Programm gutheißen, hieße dem kranken Egoismus Tür und Tor öffnen und die menschliche Gesellschaft im Atome auflösen, weil jeder Stand wieder gemeinsame eigene Interessen hat. Wo bleibt da die vielgerühmte deutsche Einigkeit?

So schreiben die Christlichsozialen dort, wo der Kuddelmuddel nicht gelungen ist. In Prag und anderswo dagegen werden sie mit den „Jüdisch-Freisinnigen“ und den Deutschgelben in einer Front marschieren. Wie man's braucht!...

Alexisale Verleumder.

Die Wahlen sind da und mit ihnen sind auch die Lügen bereit, die da vorgeben, für das Christentum zu streiten, wiedergeliebt. Das christlichsoziale „Egerland“ zählt die Eigenschaften bereit auf, die ein christlicher Mann nicht wählen soll und meint hiebei auch:

Männer, die angeblich das Kapital bekämpfen und sich von Kapitalisten führen lassen, deren Führer nicht unserem Volke angehören, deren Führer sich innerhalb einer Wahlperiode Häuser bauen und reich geworden sind.

Das ist natürlich nichts anderes als eine ihrer vielen ganz niederträchtigen Verleumdungen, mit denen die Alexisale auf Stimmenfang ausgehen. Sie, die Verbündeten der Großgrundbesitzer, die Partei der abgetakelten „Grafen“ und „Barone“, sollen uns nur einen Führer nennen, der sich innerhalb einer Wahlperiode ein Haus gebaut hat. Die Partei, deren Wiener Führer Prälat Seipel mit den jüdischen Entenkapitalisten partiiert, spricht von Führern, die „nicht unserem Volke angehören“. Die Partei, in der der Geldsack und der Schnorr eine solche Rolle spielt, wirft anderen vor, daß sie angeblich das Kapital bekämpfen! Wer würde über diese dumme Frechheit nicht lachen müssen?!

„Der Streikbruch in den Bergmannwerten.“

Unter diesem Titel macht eine Notiz in der nationalsozialistischen Presse die Kunde, in der Abg. Genosse Schweichardt angegriffen wird, weil er in einer Wählerversammlung den seinerzeitigen Streikbruch der Gelben in den Bergmannwerten bei Bodenbach erwähnte. Es wird in der Notiz erzählt, es sei hierauf ein Kommunist aufgestanden und habe erklärt, daß die damalige Organisation der Nationalsozialisten keine Streikbrecher gestellt habe. Daraus folgert der „Tag“, daß „die infame Lüge des Streikbruchs der Nationalsozialisten endgültig obgetan sei“. So leicht sollen die Gelben aber nicht davonkommen. Tatsache ist, daß die Streikbrecher mit Kornblumen geschmückt und von Genarman begleitet, zur Arbeit in die Bergmannwerke gingen. Es mag nur fraglich sein, welcher Art Gelber den Streikbruch verübten, ob die Duxer oder die Reichsberger Richtung. Daß der Streikbruch tatsächlich verübt wurde, beweist eine bis zum heutigen Tage unwiderlegt nebliebene Notiz des „Nordböhmischen Volksboten“ vom 13. Juni 1919. Sie lautet:

„Bei diesem Streike bemühten sich verschiedene Meister und Vorarbeiter, Streikbrecher aufzutrei-

ben. Zur Durchführung ihres sauberen Plans, die Arbeiter um den Erfolg ihrer Lohnbewegung zu bringen und zugleich Ruhe an denselben zu nehmen, fanden sie im deutschösterreichischen Verbandsvorsitzenden Heidler und dem Herrn Obmann der deutschnationalen Markbut-Herrn Leo Wenzel und dem ständigen Arbeiterssekretär „Prokop“ Verbündete. Diese Herren schiedten Streikbrecher zu Bergmann und rühmten sich ihrer arbeitserfreundlichen und unmoralischen Haltung ganz offen.

Die Tatsache des gelben Streikbruchs ist also nicht aus der Welt zu schaffen!

Slowakische und Karpathorussische Wahlen.

Während einstmals die Worte „ungarische“ und „polnische“ Wahlen ihren besonderen Klang hatten, werden ihnen die Bezeichnungen „slowakische“ und „Karpathorussische“ Wahlen bald den Rang abgelassen haben. Der Wahlschwindel steht schon jetzt in Karpathorussland und in der Slowakei in höchster Blüte. Die Anzahl der Gemeinden Karpathorusslands zum Beispiel beträgt 480. Die Wahlen werden aber in 340 Gemeinden nicht durchgeführt. In diesen Gemeinden haben alle Parteien eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt, wodurch die Wahl entfällt. Daß die Regierung, beziehungsweise die berüchtigte politische Landesverwaltung Karpathorusslands bei der Aufstellung dieser Kandidatenliste mitgewirkt hat, und daß es hierbei an Einschüchterungen und Drohungen nicht gefehlt hat, ist wohl als selbstverständlich anzunehmen, bei all dem, was man aus Karpathorussland bisher zu hören bekommen hat. Es wird aber nur in 138 Gemeinden ge-

wählt, denn in zwei Orten wurden überhaupt keine Kandidatenlisten eingereicht. Von den eingereichten Kandidatenlisten gehören an: 138 der Partei der Landwirte, 15 den Sozialdemokraten, 9 der Partei Chlborob, 3 der slowakischen Nationalpartei, 1 der kommunistischen Partei, 10 der magyarischen Bauernpartei, 4 der magyarischen christlichsozialen Partei, 37 der magyarischen Bürgerpartei und 5 verschiedenen kleinen Gruppen. Zur Charakterisierung der Karpathorussischen Wahlen diene noch, daß fast alle Wählerversammlungen der oppositionellen Parteien verboten wurden. Diese unerhörte Maßnahme wurde aber auch in vereinzelten Fällen in der Slowakei verfügt. So wurde in Bodrozsentes eine Wählerversammlung der kommunistischen Partei ohne jegliche Angabe der Gründe verboten. Eine Wählerversammlung derselben Partei in Kirahelmece wurde von der politischen Bezirksverwaltung Kirahelmece ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen. Die „Slowakischen“ Wahlen werden also in nichts den dort zuletzt stattgefundenen „magyarischen“ Wahlen nachstehen.

Von der Preßburger Wahlbewegung. Montag am 10. September um sieben Uhr abends findet im kleinen Redoutensaal eine deutsche Wählerversammlung statt, in der die Listenführer Genossen Kalmar und Maszar sprechen werden. Am Sonntag den 9. September finden in Karldorf bei Preßburg und Dienstag den 11. September in Theben bei Preßburg Wählerversammlungen statt. In den nächsten Tagen veranstaltet unsere Partei auch in Thranau eine Versammlung, die die erste deutsche Versammlung ist, die überhaupt dort stattfindet. — Die Preßburger Kandidatenliste trägt die Nummer 2. Nur diese darf in die Wahlurne geworfen werden!

Berlegenheit und Schwierigkeiten der Regierung.

Die Reichskonferenz verlangt und fordert die Bergarbeiter auf, ihren Kampf in der bisherigen Weise in Ruhe, Besonnenheit und straffster Disziplin, aber mit aller Entschiedenheit weiterzuführen. In dieser Ruhe und Kampfenstimmigkeit liegt unsere Kraft, die den Erfolg unseres Kampfes verbürgt.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz zu den Erklärungen des Ministers für öffentliche Arbeiten.

Zu der am 6. September in den Blättern veröffentlichten Erklärung über den Bergarbeiterstreik, welche der Minister für öffentliche Arbeiten am 5. September den Vertretern der Gewerkschaftszentralen gemacht hat, erklärt die Reichskonferenz:

Die Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten ist keine objektive Darstellung der Sachlage. Die Reichskonferenz betrachtet diese

Erklärung als eine einseitige, gegen die Bergarbeiter gerichtete Kundgebung.

Die Reichskonferenz beauftragt die Zentralleitung, die den Tatsachen nicht entsprechenden Behauptungen des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten richtigzustellen, sie konstatiert jedoch, daß durch derartige Kundgebungen eine friedliche und rasche Ausräumung des Konfliktes erschwert wird.

Katastrophale Folgen des Bergarbeiterstreiks in Teplitz.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, gehen die Kohlenvorräte der Teplitzer städtischen Industriebetriebe zu Ende. Die Abgabe von Gas und elektrischem Strom wird schon in den nächsten Stunden sehr eingeschränkt werden, um die völlige Einstellung vermeiden zu können. Die Stromlieferung für die Industriebetriebe und die Straßenbahn wird wahrscheinlich ganz eingestellt werden müssen.

Mussolini gegen Europa.

So wie die Dinge jetzt zu liegen scheinen, ist es Mussolini gelungen, alle europäischen Mächte mehr oder minder gegen sich scharf zu machen. Kein Delegierter auf der Genfer Völkerbundsversammlung, auch nicht ein französischer oder belgischer, bekennt sich voll und ganz zu ihm, nur das Maß des Widerspruches ist verschieden abgestuft. Und darin eben liegt die Gefahr, einer wirklich einigen Front gegenüber würde der gewissenlose Großsprecher bald zusammenklappen. Daß sich die Reihen nicht schließen können, liegt an der Menge entgegengelegter Interessen, die einzelne Großmächte hin- und herzerren.

Frankreich und Belgien haben manchen gewichtigen Grund, Mussolinis Vorgehen zu beschönigen und ihn zu stützen, und im geheimen tun sie es gewiß auch. Während der vielmonatlichen Verhandlungen über die Ruhrbesetzung und die Reparationen war Italien immer wieder die Karte, die England und die Besatzungsmächte wechselseitig gegen einander auspielten, aber alles in allem neigte Mussolini doch mehr zur englischen These. Welch prächtige Gelegenheit für Poincare, ihn jetzt ganz zu sich hinüberzuziehen und Baldwin in der Reparationskommission völlig zu vereinjamen, wie nahe liegend der Bündnisgrund, sich gemeinsam auf das Recht gewalttätiger „Sanktionen“ und „produktiver Pfänder“ einzuschließen! Was dem einen an der Ruhr recht, darf dem andern in Korfu billig sein — aber Poincare muß fürchten, die neue Rauballianz mit dem Verluste anderer wertvoller Bundesgenossen zu bezahlen. Seine Vassallen und Handlanger in Europa, die Staaten der Kleinen Entente, sehen die brutale Vergewaltigung Griechenlands mit Schreck und Sorge, Jugoslawien weiß genau, daß Mussolini auch die Belgrader Macht haben durch seine drohende Geste einschüchtern will. Nicht zufällig hat im selben Augenblick, wo der Faschistenhauptidee den Griechen an die Kehle fährt, der Streit um die staatliche Zugehörigkeit Triumes gefährliche Formen angenommen, noch immer hängt das ultimative Memorandum, das tatsächlich den wirtschaftlichen Zusammenhang Triumes mit dem südslawischen Hinterland lösen will, wie ein Damoklesschwert über Padoa. Wenn der Völkerbund den Ueberfall auf Korfu nicht ungehindert zu machen weiß, droht für die nächste Zukunft ein Ueberfall auf südslawisches Gebiet, und darum fordert die Kleine Entente von ihrem französischen Schutzherrn, daß er sich Mussolini energisch entgegenstelle. Dessen Wille dazu scheint recht gering zu sein, denn die Kleine Entente führt der Großen gegenüber eine bisher unerhörte Sprache. Nicht nur, daß sie mit dem Austritt aus dem Völkerbund droht, sie spricht sogar den Großmächten, wenn sie den Korfuskandal nicht abzustellen vermögen, das Recht ab, auf dem Balkan mitzureben, und raffelt mit dem Schwert in der Scheide. Aber auch sie selbst in ihrem eigenen Schoß ist nicht ganz einheitlich gefinnt. Man begreift, daß Padoa radikalere Maßnahmen verlangt als etwa Venes, den die Balkanwirren nicht unmittelbar angehen und der deshalb kein Bedürfnis hat, die intimen Beziehungen zu Poincare voreilig zu zerstören. Nicht direkt bedroht, sieht er wohl auch schärfer die Gefahren, die aus einem bewaffneten italienisch-südslawischen Konflikt hervorzudachsen können, ja müssen. Einfälle Ungarns in die Slowakei, das Banat und Siebenbürgen, Bayerns nach Oesterreich.

Kreuzen sich in der französischen Politik verschiedene Berechnungen, so sieht auch England keinen eindeutig vorgezeichneten Weg vor sich. Wie Poincare in Mussolini einen Bundesgenossen an der Ruhr zu gewinnen, so hat England in ihm einen zu verlieren. Diesem Bedenken steht Englands bedingungsloses Bedürfnis gegenüber, Herr im Mittelmeer zu

sein und eine dauernde Besetzung Korfus durch Italien bedroht es in diesem seinem machtpolitischen Lebensinteresse. Auch mag die Prestigeerwägung mitsprechen, nach den vielen Schläppen an Rhein und Ruhr nicht eine neue an der Adria davonzutragen, doch entspricht Englands Können heute nicht seinem Willen. Ohne Frankreichs Mithilfe kann es seinen Willen dem Faschistengeneral nicht aufzwingen, die Mitwirkung Frankreichs dürfte es aber nur gegen große Zugeständnisse im Reparationsstreit erkaufen. Damit rückt Deutschland's Schicksal in die Gefahrenzone, die Europa jetzt von allen Seiten wie ein schier unentrinnbarer Gürtel umschließt. Die Einheitsfront des Völkerbundes gegen Italien wird, wenn sie zustande kommt, auf Kosten des deutschen Volkes hergestellt werden. Was das bedeutet, lehrt ein Blick auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, der mit geradezu unfahigen Riesenschritten vor sich geht. Von heute auf morgen kann dort Ungeahntes, Schreckliches geschehen, harren dort der Massen zu öffnen vermögen. In den Jüdisch, den der Wahnsinn einer kurzfristig-habsüchtigen Politik aufgespeichert hat, den kommunistische und hakenkreuzerische Wühlarbeit emsig mehrt, droht der Korfu-Konflikt den zündenden Funken zu werfen. Weil die Besiegten Deutschlands nichts opfern, weil französischer und italienischer Imperialismus die Peute nicht aus den Zähnen lassen wollen, soll die Welt von neuem in Flammen ausgehen. Zwangsläufig vollendet sich ihr Schicksal, da der Kapitalismus als der Sieger des Weltkrieges alle Konflikte feine koniert, neue aussetzt und die Forderungen des Sozialismus verachtet hat.

Der italienisch-griechische Konflikt im Völkerbunde. Ein Einigungsvorschlag.

Genf, 6. September. Der Völkerbund hat heute nachmittag eine fast zweistündige Sitzung ab, wobei ihm ein Einigungsvorschlag vorgelegt wurde, der von dem spanischen Mitglied des Rates Quinones de Leon ausgearbeitet worden war. Der Vorschlag besteht in einem Antworteletogramm an die Vorkonferenz, auf die Mitteilung von ihrem gestern gefaßten Beschluß. Der Wortlaut des Vorschlages lautet:

Der Völkerbund nimmt von der ihm gesteuert seitens der Vorkonferenz gemachten Mitteilung Kenntnis und ist mit dem Grundsatz des Völkerrechtes, daß die Staaten für die politischen Verbrechen und Missetaten verantwortlich sind, die auf ihrem Gebiet begangen werden, einverstanden. Im zweiten Teil des Vorschlages wird in 8 Punkten der Vorschlag spezifiziert.

Am Schluß der Sitzung wurde bei Stimmenthaltung Salandras der erste Teil des Vorschlages von Quinones de Leon angenommen, dagegen der zweite Teil mit den Detailvorschlägen für eine zweite Sitzung vorbehalten. Der Antrag von Lord Cecil, das Protokoll der heutigen Sitzung der Vorkonferenz zu übersenden, wurde angenommen.

Die griechische Flotte den Italienern entwischt.

Rom, 5. September. (Telef.) Den Vertretern Italiens, Frankreichs und Englands in Athen wurde mitgeteilt, daß die griechische Eskadre Salamis verließ und nach Volos abdampfte. Die griechische Regierung erklärte diesen Diplomaten, daß diese Maßnahme notwendig war, um einerseits die Möglichkeit jedes Mißverständnisses auszuschließen, die durch die Ankunft einiger leichter italienischer Einheiten in dem Hafen von Salamis entstehen könnten, andererseits, um durch die Abfahrt der griechischen Eskadre aus Salamis klar zum Ausdruck zu bringen, daß Athen eine Stadt ohne Verteidigungsmittel ist.

Der Kampf der Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter einmütig für die Weiterführung des Kampfes.

Western fand im „Lidovy dum“ in Prag die Reichskonferenz der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen und der Revierräte aller Reviere der Republik statt. Mit Rücksicht auf die bereits dreiwöchige Dauer des Streikes und seine Folgen hielt es die Zentralleitung für notwendig, nicht nur über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten und die weiteren Ausichten des Kampfes zu erörtern, sondern sie mußte sich im Hinblick auf die Bedeutung des Streikes davon überzeugen, welcher Wille und welche Stimmung in den Revieren herrscht. Dazu gab die Reichskonferenz die beste Gelegenheit.

Für jene, die wissen, wie wertvoll in jedem Kampfe die Ueberzeugung ist, daß der Kampf für eine gerechte Sache geführt wird, und die wissen, was der auf die allergrößte Opferbereitschaft sich stützende Entschluß zur Abwehr des beachtlichsten Unrechtes bedeutet, ist der Beschluß der Reichskonferenz eine Kundgebung, über deren Durchführung man nicht im Zweifel sein kann. Noch nie hat sich die Einigkeit in den Bergarbeiterkreisen in einer solchen Einheitslichkeit gezeigt, wie diesmal. Den Eindruck, den die Konferenz hinterließ, könnte man nachstehend vermittelst: Auch wenn die Bergarbeiter unterliegen sollten, sind sie verpflichtet, diesen Kampf, der ihre einzige Abwehr gegen die Unterdrückung und Unrecht bedeutet, mit allen Kräften zu führen. Allerdings, zum Unterliegen ist es noch sehr weit, im Gegenteil, der Kampf wird mit verstärktem Kampfesmut, in voller Einheitslichkeit und Solidarität weitergeführt, und solange dieser Geist vorherrscht, kann er nicht anders als mit einem Gewinn beendete werden.

Für die übrige Öffentlichkeit entsteht wohl die begründete Sorge vor den weiteren Folgen des Streikes. Die Kohlennot wird immer fühlbarer und steigert sich täglich. Dies kann nicht ohne Einfluß auf das Wirtschaftsleben und auch nicht auf das Denken der übrigen Arbeiterschaft bleiben, die sehr gut fühlt, daß der Kampf der Bergarbeiter ein Teil ihres Kampfes ist und die weiß, daß es hier gilt, den Druck eines gemeinsamen Feindes der Arbeiterklasse zu brechen, welcher seinen Wohlstand auf die Machtlosigkeit und Verflaubung der Arbeiterklasse gründet.

Den Vorsitz der Reichskonferenz, an welcher 56 Vertreter der koalitierten Bergarbeiterverbände und 19 Vertreter aller Reviere der Republik teilnahmen, führten Abgeordneter Prožil, Senator Jarosim und der Vorsitzende des Verbandes „Sdruzeni“, Pisarovic. Den Bericht über die Tätigkeit der Zentralleitung, über die Streiklage und das weitere Vorgehen erstatteten die Abgeordneten Prožil und Bohl. In den Referaten wurde die Ueberzeugung nicht verhehlt, daß mit einem längeren hartnäckigen Kampf gerechnet werden muß.

Die Debatte war sehr kurz. Aus jedem Revier gab ein Vertreter eine Erklärung ab, die kurz und bestimmt ausdrückte, was die 120.000 Streikende befehle: Wir vertrauen der Streikführung und sind gezwungen und entschlossen, den Kampf fortzusetzen! Mit diesen Gefühlen, mit der Ueberzeugung für eine gerechte Sache zu kämpfen und alles dafür einzusetzen, daß der Kampf erfolgreich zu Ende geführt werde, wurde die Reichskonferenz der Bergarbeiter geschlossen.

Nachstehende Anträge wurden von der Reichskonferenz einstimmig angenommen:

I Die Reichskonferenz billigt alle Maßnahmen der Zentralleitung in Bezug der Streikführung und Verhandlungsbereitschaft auf der Grundlage der Revierkonferenzbeschlüsse vom 12. August l. J. Die Reichskonferenz spricht der Zentralleitung volles Vertrauen aus, bevollmächtigt sie ausdrücklich neuerdings zur alleinigen Führung von Verhandlungen zwecks Beendigung des Bergarbeiterstreikes für alle Reviere.

II Die am 6. September 1923 in Prag tagende Reichskonferenz der Bergarbeiter konstatiert mit Genugtuung, daß die Kohlenbergarbeiter der Republik dem Beschluß der letzten Reichskonferenz die Arbeit am 20. August niederzulegen, einmütig Folge geleistet haben. Seit zweieinhalb Wochen stehen die Bergarbeiter in dem ihnen von den Grubenkapitalisten aufgezwungenen Abwehrkampf, ohne daß die Regierung einen ernsthaften Versuch zur Beilegung des Konfliktes unternommen hätte. Daß die Bergarbeiter die sogenannte Ostrauer Vereinbarung einmütig abgelehnt haben, erfüllte die Unternehmer, besonders die Ostrauer, mit leidenschaftlichem Widerstand und kränkte scheinbar die Regierung. Denn nur so ist ihre völlige Passivität, durch welche die Grubenpropheten täglich und stündlich in ihrem maßlosen Angriffe auf die Lebensgrundlage der Bergarbeiter bestärkt und ermutigt werden, zu verstehen. Die vielen und unwahren Kundmachungen an die Öffentlichkeit der Ostrauer Bergwerksbesitzer müssen ebenso als Beweis gelten, als sie den Zweck haben, die in ihrem Kampfe musterhafte Disziplin und Ruhe beobachtende Bergarbeiterchaft zu provozieren und zu reizen.

Die Bergarbeiter haben durchaus keine Ursache, die bisherige Ruhe, Besonnenheit und musterhafte Disziplin ihres Kampfes irgendwie oder irgendwo aufzugeben. Im Bewußtsein ihrer gerechten Sache und im Bewußtsein dessen, daß sie den Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung als wichtige Berufsgruppe gegen alle kapitalistischen Kreise dieses Staates nicht nur für sich, sondern für die gesamte arbeitende Klasse in diesem Staate zu führen haben, traten die Bergarbeiter in den ihnen aufgezwungenen Abwehrkampf. Mit leidenschaftlicher Beharrlichkeit, unbeweglichem Kampfeswillen werden die Bergarbeiter in diesem Kampfe aushalten, um den gemeinsamen Angriff der Unternehmer abzuwehren.

Bergarbeiter! Haltet Euch nicht provozieren, weder von den Anhängern der tschechischen Faschistenrichtung, deren manche noch immer die unsinnige Lüge verbreiten, der Streit sei von den Feinden der Republik gegen die Republik geführt, noch von den, noch viel dümmere Behauptungen deutscher Nationaler und hakenkreuzerischer Zeitungen, daß der Bergarbeiterstreik nur ein Wahlmanöver zu den kommenden Gemeindevahlen ist. An der Solidarität, an dem osterprobierten stahlharten Kampfeswillen der Bergarbeiter, der sich auch in diesem Kampfe offenbart, müssen solche Versuche als lächerlich zerfallen.

Die Situation hat sich im Verlaufe des Streikes zugunsten der Bergarbeiter geändert. Die ganze internationale Situation am Weltkohlenmarkt beeinflußt unseren Kampf nicht ungünstig. Der von der Regierung immer wieder bestrittene Kohlenmangel ist groß und wächst von Tag zu Tag im selben Umfang, wie die

Katastrophenhaufe in Berlin.

Ein Dollar = 50 Millionen, eine tschl. Krone = eine Million Mark.

Berlin, 6. Sept. (Eigenbericht.) Die Katastrophenhaufe am Devisenmarkt hat heute ihren Fortgang genommen. Der Dollar stieg bei der amtlichen Notierung von 20 auf 33, nachherlich fast 50 Millionen. Wie schnell der Niedergang der deutschen Währung erfolgt ist, geht daraus hervor, daß die Tschechoskone heute mit einer Million bewertet wurde, während vor zwei Jahren Tschechoskone und Reichsmark gleich standen. Im Herbst 1921 begann sich die Krone von der Mark zu lösen und seitdem hat sich die deutsche Währung um das Millionenfache verschlechtert. Oesterreichs währungsrechtlicher Zusammenbruch im Vorjahr ist längst überholt, da die österreichische Krone schon auf 500 steht; mit rasender Geschwindigkeit nähert sich die Mark dem Sowjetrußland. Das rapide Fortschreiten der Teuerung hat einen Massenandrang auf die Lebensmittelgeschäfte zur Folge. Trotzdem sich die Preise der Dollarbewertung anpassen, man also billig gar nichts mehr kaufen kann, will jedermann das Papiergeld so schnell als möglich loswerden. Den Nachteil haben die minder bemittelten Bevölkerungsschichten, die ihr Einkommen zu spät erhielten, als daß sie die Tageskonjunktur ausnützen könnten. Gegen gestern haben sich die Lebensmittelpreise etwa verdoppelt; ein Pfund Fleisch kostet vier bis sechs Millionen, während Butter sogar wie gar nicht zu haben ist.

Mussolini „liegt“ weiter.

Korfu, 6. September. (Sabas.) Die Italiener haben die Inseln Perlera (Ericussa), Ponno (Cihoni) und Maibraki (Samoibraki) besetzt.

Der Streit um Fiume.

Beide Streitparteien „versöhnlich“. Paffi betreibt die französische Anleihe.

Paris, 6. September. Wie der „Matin“ mitteilt, wird die Frage von Fiume, die sich zu komplizieren droht, im französischen Außenministerium mit Aufmerksamkeit daraufhin geprüft, ob sie eine Einwirkung auf die italienisch-griechische Krise haben könnte. Der jugoslawische Ministerpräsident Paffi habe bei einer Unterredung mit Poincaré erklärt, daß sich Jugoslawien sehr versöhnlich zeigen werde. In Paris sei man überzeugt, daß sich die italienische Regierung ebenso versöhnlich verhalten wird. Nach dem „Petit Parisien“ hat Paffi bei seiner Unterredung mit Poincaré von den lebhaften Befürchtungen gesprochen, die durch die Besetzung Korfuis in Belgrad entstanden seien. Nach dem „Petit Journal“ war der Hauptzweck des Besuchs von Paffi bei Poincaré, sich nach den Aussichten der 300 Millionen Anleihe, die Frankreich Südslawien bewilligen will, zu erkundigen. Paffi habe Poincaré gebeten, den Anleiheplan mit größter Beschleunigung ratifizieren zu lassen.

Horthy's Kriegsrede.

Budapest, 6. September (Eigenbericht.) In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, daß ihm der authentische Text der Rede des Reichsverweirers nicht bekannt sei, und daß die Texte, die im Umlauf sind, falsch seien. Demgegenüber ist die Korrespondenz in der Lage, den Text der Rede mitzuteilen. Horthy sagte in Karca, daß die Helden, zu deren Ehre er nach Karca gekommen sei, nicht dafür gekämpft haben, daß Ungarn zerstört werde, und daß sie nicht für ein Land gekämpft haben, das heute mit schlotternden Knien vor denjenigen stehe und um ihre Hilfe bitte, die noch gekriegt sich vor ihm gefürchtet haben. Zwischen der Theiß und der Donau lebt die Kraft der ungarischen Rasse, die mit allen Mitteln das alte Ungarn wiederherstellen werde. Diese Kraft wird die magyarische Nationalfahne wieder auf den Gipfeln der Karpaten hissen. Durch Arbeit und Disziplin und mit Unterstützung der großen Nationen, vor allem der Engländer und Italiener, wird Ungarn bald seine alte Größe wieder erlangen, denn diese Nationen sehen schon heute ein, daß nur ein in seinen alten Grenzen wiederhergestelltes Ungarn die Ordnung und den Frieden im Donaubekken wiederherstellen kann. Die Kräfte der nationalen Erneuerung, welche die gleichen Ziele verfolgen, haben in der Türkei, in Bulgarien und Italien schon gefiegt und es ist die Stunde nicht fern, wo Ungarn sich diesem Reigen anschließen wird. Die Vorbedingung für die Erreichung dieser nationalen Ziele ist aber, daß die ursprüngliche christliche und nationale Richtung erhalten wird. Horthy werde sich mit aller Macht dagegen stemmen, daß ein Mittelweg eingeschlagen und eine Politik gemacht werde, durch die dem nationalen christlichen Geist, wie er seinen Siegeszug aus Szegedin angetreten hat, Abbruch getan werde.

Ein mißglückter Weinwährungsversuch.

Wien, 6. September. (Eigenbericht.) Vor dem Bezirksstrafgericht kam heute die Ehrenbeleidigungsklage des christlichsozialen Nationalrates Neuhöfer gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Witternigg zur Verhandlung, der im Nationalrat einen Brief verlesen hatte, worin Neuhöfer beschuldigt wurde, während des Krieges als Verpflegsoffizier Brot aus der Bäckerei gestohlen und zu fünf Kronen an Soldaten verkauft zu haben. Witternigg war bereit gewesen, einem parlamentarischen Ausschusse Beweise darüber vorzulegen; die Christlichsozialen fürchteten aber

dieses parlamentarische Forum und wählten lieber den Klageweg, der natürlich von vorherin ausichtslos war, da Witternigg wegen der Keuherung im Parlament nicht belangt werden kann. Er wurde deshalb auch unter dieser Begründung freigesprochen.

Ausland.

Das Verfahren des Völkerbundes bei Minoritätsbeschwerden.

Auf den Völkerbund stürmen die wichtigen Fragen nur zu ein: Der griechisch-italienische Konflikt, der Rubritreit, die Frage von Fiume, in entsprechendem Abstand der Kampf um die Jaworina und mitten in diesen Wirbelsturm, den er freilich größtenteils an sich vorbeiblasen läßt, findet er Atemkraft genug, das Verfahren zu regeln, nach welchem Sektionen und Beschwerden der Minoritäten behandelt werden sollen. Hier darf man sagen, fühlt er sich so recht in seinem Element. Juristische Spitzfindigkeiten zu präzisieren, zu stoppen und die Entwicklung zu regeln liegt ihm weit mehr, als kraftvoll und weitblickend gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen; berechnete Klagen der unterdrückten Schwachen imponieren ihm weniger als Drohungen eines wahnsinnigen, vor Krieg und Verbrechen nicht zurückweichenden Maulhelden. Unter dem Einfluß der Polen und Tschechen — in welchem Sinne der wirkte, kann sich jeder an den Fingern abzählen — hat das Völkerbundssekretariat seine Vorschläge ausgearbeitet und ist zu folgenden Leitlinien gelangt: Die Petitionen dürfen, falls sie behandelt werden sollen, nicht über den Rahmen des vertragsmäßigen Minderheitenschutzes hinausgehen. So eindeutig diese Bestimmung ist, so gummiartig sind die Forderungen, daß die Petitionen in gebührender Form abgefaßt sein müssen und nicht die Aufhebung der politischen Beziehungen zwischen der Universität und dem Staat, deren Bestandteil sie ist, fordern dürfen. Den Vorwurf einer „ungebührlichen Form“ kann man bei entsprechend schlechtem Willen immer erheben, und was unter der „Aufhebung der politischen Beziehungen“ zu verstehen ist, läßt den Interpretatoren vom Schläge eines Kramat und Korsantys Tür und Tor offen. — Dem tschechischen Wunsch geschieht Genüge, wenn dem angeklagten Staat das Recht eingeräumt wird, mehr als zwei Monate zur Rückäußerung auf eine Beschwerde zu beanspruchen. Die Öffentlichkeit des Verfahrens wird dadurch eingeschränkt, daß die Petitionen im allgemeinen nur den Mitgliedern des Bundesrats und nicht dem ganzen Bund übermittelt werden. Diese Petitionen werden zu dem Zweck geprüft, festzustellen, ob eine Gefährdung des vertragsmäßigen Minderheitenschutzes zu befürchten ist oder nicht. Im ergebnislosen Fall ist der Völkerbundrat auf die Gefahr aufmerksam zu machen; was er aber zu veranlassen hat, sagen die Leitlinien nicht mehr. Wir begnügen uns vorläufig, die wichtigsten Bestimmungen wiederzugeben. Auf ihre Bedeutung näher einzugehen, behalten wir uns für ein andermal vor.

Tages-Neuigkeiten.

Wenn Tokio brennt!

Tokio in Flammen ist eines der interessantesten und schaurigsten Schaupiele, die Japan bieten kann. „Das Feuer ist die Blume von Jeddo“, sagte man, als die Stadt noch ihren alten historischen Namen führte. Eine Millionenstadt, aus lauter kleinen Holzhäusern bestehend — kein Wunder, daß die Feuersbrünste dort zu Hause sind. Alle paar Jahre hat man ein größeres Feuer, das dann immer gleich einen oder mehrere Stadteile vollständig einäschert. Der Wind trägt die Flammen von Haus zu Haus und überall finden sie reichlich Nahrung im trockenen Holze. Dazu kommt die äußerst primitive Feuerlöschvorrichtung, eine Feuerwehr, die direkt aus dem Mittelalter stammt. Die Feuerspritzen kommen auf Wagen herbei, die von Stulis gezogen und geschoben werden; sie machen viel Spektakel dabei, aber kommen natürlich immer zu spät, um etwas zu verrichten. In neuerer Zeit hat man sich ja wohl auch einige Automobile zugelegt, aber was will das diesen Katastrophen gegenüber besagen. Erst vor einigen Jahren, kurz nach dem Arriegebraute das berühmte Stadtviertel Hoshiwara ab, ein paar Jahre früher ein Teil des Inneren u. s. w.

Alle diese großen Feuersbrünste haben natürlich ein gewaltiges Elend zur Folge. Die Leute sind um ihr bishigen Hab und Gut und die Vorräte an Nahrungsmitteln sind vernichtet. Da bewährt sich der Familieninn des Japaners in glänzender Weise. Wenn die Leute beispielsweise vom Stadtteil Yabu aus am Horizont im Norden oder Westen die Feuersglut sehen und wenn dort in jener Gegend Verwandte von ihnen wohnen, so wissen sie ganz genau, daß in kurzer Zeit die Flüchtlinge bei ihnen eintreffen werden. Die Abgebrannten finden es ebenso natürlich, daß sie sich zu ihren Verwandten begeben und deren Hilfe in Anspruch nehmen, wie die Verschontgebliebenen, daß die Kollidenden kommen. Da wird schon im Voraus herumgeschickt, Nahrungsmittel werden zusammengeholt, gekauft, geschnorrt, geliehen, es wird gekocht und gebadet. Und wenn dann die Abgebrannten, wie erwartet, mit ihrem Hudepad endlich ankommen, so treffen sie schon alles zu ihrem Empfang bereit: Reis gekocht, Fische gebraten, Tee gebriiht, Sake gewärmt. Mit großer Freude werden sie empfangen, wie ein erschütterter hochwillkommener Besuch, damit nur ja nicht Kummer und Trauer über die Verluste sich der Unglücklichen bemäch-

tige. Und dann hört man Scherzen und Lachen, Singen und Musik die ganze Nacht.

Von dem Feuer verschont bleiben nur die eisernen Vorratshäuser der reichen Leute, die mit einem englisch-indischen Worte Godowns genannt werden. Da kommt es denn wohl vor, daß ein Reishändler, dessen Vorratshaus vom Brande unbeschädigt ist, plötzlich einen heroischen Entschluß faßt: „Öffnet die Türen, ich will vor den anderen nichts voraus haben!“ Dann werden in der Tat die Türen aufgerissen, und das Feuer verzehrt die schätzbare Provisur. Ein törichtes zweckloses Unterfangen, für das der Europäer kein Verständnis hat — aber in den Augen des Japaners eine höchst bewundernswerte Tat, in der sich der Sinn für Gemeinschaft, die Verachtung der irdischen Güter und die Unbekümmertheit für die Zukunft in glänzender Weise offenbart.

Zum Glück sind die einfachen Holzhäuser auch bald wieder aufgebaut, und nach einem Vierteljahr ist von den Wirkungen der Feuersbrunst schon nichts mehr zu sehen. Der abgebrannte Stadtteil steht wieder da, mit verbreiterten Straßen, neu reguliert und verschönert . . . bis zum nächsten Male.

Sakentanz und Sowjetkern.

Eine bezeichnende Episode berichtet ein deutsch-nationaler Lehrer, der an dem Turnerfeste in München teilnahm.

Man fuhr, von Bahnhofe stieg eine Anzahl Turner, mit roter Krawatte und Sowjetkern geschmückt, ein. Es entwickelte sich nun zwischen den aus der Tschechoslowakei kommenden Turnern und den neuen Passagieren folgendes Gespräch ab.

„Sie fahren auch nach München?“
„Ja wohl!“
„Wie kommt es, daß sie kommunistische Abzeichen tragen?“
„Nun, in unserem Orte gibt es keinen Arbeiterverein, deshalb sind wir bei dem völkischen und der politischen Richtung nach sind wir mal Kommunisten.“

Man kann sich vorstellen, wie klar die politische Befinnung dieser Sowjetkernträger ist, die als Mitglieder eines völkischen Turnvereines zur Sakentanzparade nach München führen. Derartige völkische Kommunisten gibt es aber nicht nur in Sachsen. Ueberall vertragen sich Sakentanz und Sowjetkern so überaus gut. Was es damit wohl für ein Verdandnis haben mag?!

Ueber eine unglaubliche Betrugsaffäre berichtet der gestrige „Socialista“, der deshalb auch konfisziert wurde. Der Jenfor ließ lediglich den Bericht über die Affäre stehen, die einleitende Kritik des „Socialista“ verfiel ausnahmslos der Beschlagnahme. Im Mittelpunkt der Korruptionsaffäre steht der Präsident des Obersten Verwaltungsgerechtigshofes Dr. Pantučel. Nach den Angaben des „Socialista“ legten nach dem Umsturz einige höhere Staatsbeamte die Offizierswohnungen in der gewissen Radetzkystraße mit Beschlag. Es waren dies Dr. Pantučel, Dr. August Popelka, der Vorsitzende des Obersten Gerichtes, Dr. Gustav Hubacek, Generalprokurator und Dr. Polak, Sektionschef im Justizministerium. Als dann zu Beginn des Jahres 1919 die Wohnungsbäuer an die Beschlagnahme aller überflüssiger Räume schritten, mußten diese Herren für ihre Sechszimmerwohnungen Befürchtungen hegen. Dr. Pantučel trat deshalb an den damaligen Justizminister Dr. Soukup heran, damit dieser ihm ein noch aus der Zeit des „Narodni vybor“ datiertes Dokument ausstelle, auf Grund dessen die Wohnungen der genannten Herren als amtliche Wohnungen erklärt und daher vor der Beschlagnahme geschützt werden. Dr. Soukup stellte Dr. Pantučel dieses Dokument mit dem Datum vom 13. November 1918 aus und unterzeichnete es als Bevollmächtigter des „Narodni vybor“, obwohl in diesem Sinne kein Beschluß des „Narodni vybor“ existierte. Dr. Pantučel verteidigte nun auf Grund dieses Dokumentes auch die Bezahlung eines Zinses, und so wohnten Pantučel und die anderen genannten Herren in den großen Wohnungen, zu denen auch große Gärten gehörten, vollständig umsonst. Dr. Pantučel bezahlte für die Zeit vom 21. Dezember 1918 bis zum 18. Mai 1919 für die elektrische Beleuchtung seiner Wohnung sogar und schreibe 99 Kronen. (!) Als dann im Herbst des Jahres 1919 das Recht der höchsten Beamten auf Amtswohnungen aufgehoben wurde, stellte man auch fest, daß der „Narodni vybor“ niemals eine diesbezügliche Entscheidung getroffen hatte. Dr. Soukup berichtete über die ganze Angelegenheit und nannte das Vorgehen Dr. Pantučels einen Betrug. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten setzte damals die Summen fest, die die genannten Herren als Schadenersatz für das kostenfreie Wohnen dem Staate zahlen sollten. Dr. Pantučel zahlte auch sofort die ihm zugemessenen 2700 Kronen ein. Die anderen zahlten zuerst nichts, und verlangten später, daß ihnen diese Beträge abgeschrieben werden. Ihr Ansuchen wurde, nachdem es monatelang unerledigt geblieben, erst erledigt, als Dr. Popelka im Beamtenministerium Justizminister geworden war. Der Ministerrat faßte damals den Beschluß, die bisher nicht geleisteten Summen abzuschreiben und das Geld, das Dr. Pantučel bereits bezahlt hatte, diesem für die Zukunft gutzuschreiben. Der „Socialista“ berichtet dann weiter, daß sich Dr. Pantučel in seiner Wohnung einen Casherd auf Staatskosten errichten ließ. Die Rechnung — 13.488 Kronen — bezahlte die politische Landesverwaltung. Der „Socialista“ macht sich erbötig, seine Angaben

durch Dokumente zu bekräftigen und wird diese in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Wieder einmal! Das Schweizer Bruderorgan „Das Volk“ berichtet: Bei dem Parrer von Simmelried, Otto Fluger, hat dieser Tage ein junges Mädchen, das als Wirtschaftlerin bei Fluger angestellt war, Selbstmord begangen. Fluger unterhielt mit dem Mädchen bereits auf seinem früheren Dienstposten ein Verhältnis. Er versprach dem Mädchen, daß er sich um eine andere Stellung umgesehen und sie dann heiraten werde. Als das Verhältnis dann Folgen hatte, ließ er das Mädchen von einem Arzte behandeln. Fluger wurde dann nach Himmelried versetzt, wohin er das Mädchen mitnahm. Da das noch immer währende Verhältnis abermals Folgen zeitigte, ließ er durch eine Hebamme einen Eingriff vornehmen. Das Mädchen erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß es ins Spital überführt werden mußte. Die Vorgesetzten Flugers erfuhren von dieser Affäre, unternahmen gegen Fluger jedoch nichts. (!) Fluger verschaffte dann dem Mädchen einen Posten als Pflegerin und untergielt mit ihr das Verhältnis weiter. Als sich nun zum drittenmale Folgen einstellten und das Mädchen Fluger an sein Versprechen erinnerte, erklärte er ihr brüsk, daß er keine andere Lebensstellung gefunden habe und sie daher nicht heiraten könne. Er schlug dem Mädchen vor, mit ihm gemeinsam zu sterben. Bei dieser Unterredung zeigte er ihr auch zwei Flaschen mit Gift. Das Mädchen lief zu ihren Eltern und erzählte ihnen das Vorgefallene. Am nächsten Morgen wurde sie tot aufgefunden. Sie hatte daselbst Gift genommen, das ihr der Pfleger zeigte. Fluger wurde verhaftet und dem Gerichte nach Tornbach eingeliefert.

Mussolini, der Kindermörder! Nach einem Berichte der „Chicago Tribune“ aus Athen, gingen bei dem Bombardement von Korfu 20 Personen zugrunde. Unter diesen befanden sich 16 Kinder! Die getöteten Kinder sind zumeist Angehörige der amerikanischen und englischen Waisenhäuser. Die große Zahl der getöteten Kinder wird aus der Tatsache erklärlich, daß mitten in einem Strandbad, in dem sich gerade 400 Kinder befanden, ein Schrapnell explodierte. — So sehen die Wirkungen der auf Mussolinis Befehl abgegebenen „harmlosen“ Schüsse aus! 20 unschuldige Opfer mehr hat der italienische Diktator auf dem Gewissen! Unseren Sakentanzfascisten ist Mussolini trotz dieser „Taten“ ein leuchtendes Vorbild, das sie in Verzückung versetzt.

Ein Nationalsozialist über seine eigene Partei. Im Salzburger nationalsozialistischen Blatte richtet der nationalsozialistische Abgeordnete Brodinger folgende Mahnung an seine Partei:

Verfallt nicht in den Fehler der eigenen Uebersehung, werdet keine Wichtig-tuer, die sich als den Mittelpunkt betrachten, um den sich alles drehen soll . . . Eine Partei, die sich von der Lösung der Gegenwartsfragen brüdt und jede erste Mitarbeit ablehnt, hört auf, als Partei ernst genommen zu werden, denn mit Versammlungsbreden allein kann sich das Volk nicht zufrieden geben, es will Taten sehen. . . Ein erster, politisch reifer Mensch brüdt sich nicht vor der Entscheidung einer derart wichtigen Frage . . . Politik solle man nicht „als Spielerei“ ansehen. . . Der Utilitarismus, welcher zum Teil durch unerfahrene Schwarmgeister eingeiffen ist, das „An-einem-Extrem-in-das-andere-Schwingen“, die Leichtfertigkeit, mit der von manchen Entscheidungen in den wichtigsten Fragen gefällt werden, muß wieder verschwinden . . .

Wir begnügen uns, diese Charakteristika der Nationalsozialisten aus einem sozusagen berufenen Munde zur Kenntnis zu nehmen.

Schwere Eisenbahnkatastrophe bei Hannover. In der Nähe von Hannover, in Lohde, ereignete sich gestern früh ein schwerer Zusammenstoß zweier D-Züge; zwei Waggons gingen dabei in Trümmer und nach einer um die Mittagzeit beim Reichsverkehrsministerium eingelaufenen telegraphischen Meldung beträgt die Zahl der Toten 18. Außerdem werden fünf Schwer- und acht Leichtverwundete gezählt. Es handelt sich bei dem Zusammenstoß um den D-Zug, der von Berlin nach Köln und den D-Zug, der von Dresden nach Bentheim (Holland) fährt und zehn Minuten vor dem Berlin-Köln-er Zug die Blodstelle Lohde passiert. — Ueber das Eisenbahnunglück beim Blod Lohde wird noch gemeldet: Von dem D-Zug Dresden-Bentheim sind die letzten drei Waggons stark beschädigt, von dem D-Zug Berlin-Köln die Lokomotive und Packwagen leicht beschädigt. 18 Reisende sind tot, sieben schwer und acht leicht verletzt. Das Personal ist unverletzt. Die Aufräumarbeiten werden am Nachmittag beendet sein. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Unter den festgestellten Toten befinden sich acht Deutsche, ein Wiener und zwei Holländer. Sechs weibliche Beisitzer konnten noch nicht festgestellt werden. Außerdem befindet sich unter den Toten ein dem Namen nach noch nicht ermittelter Staatsbeamter aus Holland. Unter den Verletzten befindet sich eine ganze Anzahl Angehöriger der Tschechoslowakei. Schwerverletzt wurde Franz Guerra aus der Tschechoslowakei, leichtverletzt sind: Adolf Biktov aus einem Orte bei Ostau, Richard Bergtue (?) aus Wilkowitz, ein Johann Jalousky aus Bistupice (Mähren), Pardubsky aus Prag, Ferdinand Prochal (?) aus Prag und ein Drechsler Bohuslav Bilhal (?) aus Böhmen.

Das Profetierland in Deutschland. Ein zeitgemäher trauriger Anblick bot sich dieser Tage in

Berlin. In dürftige schwarze Kleider gehüllt, schob eine Frau einen Kinderwagen vor sich, mitten auf dem Fahrdamm, langsam, Schritt für Schritt. Neugierige blieben stehen, man begann zu fragen und erfuhr, daß unter der schwarzen Decke auf dem Kinderkarren sich ein Kinderleichen befand, in dem die Leiche des jüngsten der armen Frau lag. Sie vermochte die hohen Transportkosten nicht zu tragen, deshalb fuhr sie die Leiche des Kleinen allein hinaus auf den Friedhof. — Mit der gleichen erschütternden Angelegenheit beschäftigte sich kürzlich die Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung aus Anlaß der Erhöhung der Friedhofgebühren. Bei der ungeheuren Verteuerung der Begräbnisse stehen viele Familien einfach vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Verzweiflung treibt die Hinterbliebenen in ihrem Kummer zu traurigen Auswegen. Ein Familienvater bringt sein entschlafenes Kind in einer Margarinekiste zum Friedhof. Ein anderer, der die tote Lebensgefährtin in einem benachbarten Orte begraben lassen muß, und der die Fuhrkosten nicht aufzubringen vermag, führt den Sarg auf einem Sandwagen stundenweit über Land.

Vom internationalen Polizeikongress in Wien. Der internationale Polizeikongress hat Dienstag eine Reihe von Anträgen angenommen, welche lauten: Der Kongress erklärt den unmittelbaren zwischenstaatlichen Verkehr der Sicherheitsbehörden unter Ausschaltung des diplomatischen Weges als im Interesse einer zweckentsprechenden kriminalpolizeilichen Bekämpfung unentbehrlich und beauftragt die Vertreter der verschiedenen Polizeibehörden bei ihren Regierungen in diesem Sinne wirksam zu sein. Falls ein solcher Verkehr zwischen den Behörden der einzelnen Staaten bereits besteht, ist er nach Zulässigkeit auszugestalten. Die am Kongress erschienenen Vertreter erklären, daß die von ihnen vertretenen Behörden einander gegenseitig und unter Voraussetzung der Regiprozität auch anderen Polizeibehörden das weitgehendste Entgegenkommen bezeugen werden. Die Vertreter jener Staaten, in denen im Sinne der bestehenden Gesetze nur beim Vorliegen eines gerichtlichen Haftbefehles ein Auslieferungsgesuchen stattgegeben werden kann, sind damit einverstanden, daß bei der Verfolgung wegen gewisser schwerer Verbrechen auch über telegraphisches und telephonisches Begehren der Täter solange polizeilich überwacht wird, bis das Begehren auf Verhaftung gestellt wird. Der Kongress sprach sich schließlich für die Errichtung einer womöglich alle Länder umfassenden polizeilichen Organisation und die Errichtung eines internationalen Zentralpolizeibüros aus. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, daß bei Durchführung von Leibesuntersuchungen die Anwendung der Hypnose ausgeschlossen sein soll. Der Kongress nahm folgende Vorschläge an: Den Kongress permanent zu machen unter dem Namen Commission policiere internationale, wenn alle Anwesenden als Privatpersonen Mitglieder werden. Wahl einer Vertretung mit Sekretariat (womöglich Standort Wien).

Der deutsche Juristentag in Berlin abgeht. Vom Deutschen Juristenverband in der Lichthofstraße wird mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die politische Lage und im Hinblick auf die wirtschaftlich-finanziellen Verhältnisse der für den 11. bis 13. September in Berlin geplante deutsche Juristentag abgefragt wurde.

„Die Berge gehören für die Rube.“ Den Gemeinderat in Ruffein beschäftigte kürzlich das Ansuchen der dortigen Ortsgruppe des „Naturfreunde“ um Ueberlassung eines Plazes zur Erbauung einer eigenen Unterkunft zur Bewirtschaftung. Von den bürgerlichen Vertretern im Gemeinderat wurde das Ansuchen der „Natur-

freunde“ glattweg abgelehnt; bezüchlichen stimmten auch die Arbeitervertreter des katholischen Arbeitervereines in der Gemeinderatsversammlung gegen das Ansuchen. Einer dieser christlichen Herren, Herr Thaler, Kraftbauer in Zell, meinte sogar, die Berge gehören für die Rube, aber nicht für Menschen, worauf ihm aber geantwortet wurde, daß auch die Ochsen nicht in den Gemeinderat gehören.

Was ist eine Billion? Das Wort „Billion“ spricht sich heute leicht aus; was bedeutet aber dieses kurze Wort? Um sich eine Vorstellung von der tatsächlichen Bedeutung der Billion zu machen, muß man sich einmal die Billion in der dahinschließenden Zeit ausdeuten: Der Normaltakt der Taschenuhr macht in je zwei Sekunden fünf Schläge, also 150 in einer Minute, 9000 in einer Stunde, 216.000 in einem Tage. In einer Billion Schläge braucht die Uhr also rund vierzehnhundert Tage, zu einer Billion über 12.000 Jahre. Ein bei Christi Geburt in Gang gesetzte Uhr hätte bis heute erst rund 150 Milliarden Schläge hinter sich und brauchte bis zur 1000. Milliarde noch rund 10.750 Jahre.

Eine wissenschaftliche Expedition nach dem Stillen Ozean. Behufs umfangreicher Forschungen auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft wird die englische Nacht „Saint George“ Ende Oktober aus Dartmouth abgehen und in den Gewässern des Stillen Ozeans kreuzen. Die Nacht wird in folgenden Häfen Aufenthalt nehmen: Panama, Galapagos, auf den Osterinseln, in Mangarova (Paumotu-Inseln), in Rapa, auf den Cook-Inseln, auf Tokelau, in Rangiora, auf den Marshall-Inseln, und den Tokelau-Inseln. Die Reise, an welcher mehrere hervorragende Gelehrte teilnehmen werden, wird sich auf ungefähr 21.000 Meilen erstrecken. Man hält dafür, daß die Expedition ausserordentliche Ergebnisse liefern wird. Man wird hierbei auch einen akustischen Apparat verwenden, nach welchem man mit großer Präzision die sich ständig ändernde Tiefe des Stillen Ozeans wird festlegen können. Außer anderem wird auch die Wanderung der Wassfische einen Gegenstand des Studiums der Expedition bilden.

Milliardengeldstrafe für Schmuggler. Vor dem Amtsgericht in Tettnang bei Stuttgart wurden gegen die Gebrüder Schubert, von denen einer eine Apotheke in der Schweiz besitzt, wegen umfangreichen Arzneischmuggels Milliardenstrafen verhängt, und zwar wurde Helmut Schubert aus Mollis (Schweiz) zu vier Monaten Gefängnis, neun Milliarden und zwanzig Millionen Mark Geldstrafe, ferner der Drogist Werner Schuber aus Halle a. d. Saale zu drei Monaten Gefängnis und drei Milliarden 20 Millionen Mark Geldstrafe, und der Kaufmann Ott Schubert in Dresden zu sechs Milliarden 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Dreifacher Mord eines Hirten. Auf einem Stoppelde des bei Plauen gelegenen böhmischen Rittergutes Münden-Neuth erstach am Montag mittags nach einem heftigen Wortwechsel der 19jährige Schafhirte Molten Großviehhändler Weber aus Hof und in einem Handgemenge den 19jährigen Heinz Fellisch, sowie den 19jährigen Rittersgutsverwalter Fahrner. Der Täter wurde verhaftet. Der Streit soll dadurch entstanden sein, weil der Hirt von dem Rittergutsbesitzer vertrieben worden war.

Diebstahlgeheimnisse. In Raffengrub bei Asch hat sich dieser Tag der Missetäter Georg Bant, dessen Frau am 23. August in Erlangen nach einer schweren Operation verstorben war, aus Gram das Leben genommen. — In Pöschelitz bei Brügg hatte die 19jährige Eisenbahnerstochter Marie P. mit dem Bergarbeiter Ernst L. bereits durch längere Zeit ein Liebesverhältnis unterhalten, das aber ausbleibend von den Eltern des Mädchens nicht gebilligt wurde. Aus diesem Grunde wollte das Mädchen das

Tränen über die braunen Wangen. Und auch Friedrich schluckte ein paarmal in sich hinein und untersuchte immer wieder die Hufe des Pferdes. Und als Frau Trude nicht mehr warten zu dürfen glaubte, da trangen beide zu ihr hinauf und fuhren eine lange Strecke mit, durch die Stadt und weit zum Tore hinaus.

Friedrich sah ganz tiefsinnig da und fragte einmal: „Ist es nicht so, Frau Trude? Es kommt alles anders im Leben, als man es sich einmal gedacht hat.“
Sie nickte: „Und es ist häufig recht gut so.“
„Ich weiß nicht.“
Und dann stiegen sie ab. Und dann gab es den letzten und allerletzten Händedruck und immer erneute Tränenströme bei der kleinen Emilia.

Und dann endlich war Trude allein.
Ja. Nun war sie allein. Ganz allein. Nein, sie mußte lächeln: da war ja noch der alte treue Schimmel. Er huschte langsam und unbekümmert durch den regenitrischen Maienitag und zog die Glücksbude hinter sich her. Frau Trude schüttelte ein wenig die Leine. Er schaute sich in einen langsamen, ganz langsamen Trab, als habe es wirklich durchaus keine Eile mit seinem Weg.
Frau Trude hatte Eile. Heute wenigstens. Sie wollte am Abend Grebesberg hinter sich haben.

Und wieder stieg alles auf in ihr, als sie den bekannten Weg fuhr. Eine Erinnerung nach der anderen. Da war das Dorf, wo sie am Morgen nach der schrecklichen Nacht gerastet hatten. Da war schon die Grenze. Und nicht lange darauf tat sich das Tal vor ihr auf, das so hell erleuchtet gewesen in jener Nacht. Weiße grüne Saatenfelder dehnten sich hinab zum Dorf, das mit seinen roten Mauern so neu und frisch in die Maientrübte glänzte, als sei es eben aus der Spielzeugschachtel genommen. Von dem Brande sah sie keine Spur mehr. Nur in der Mitte stand ein hohes, sehr hohes Gerüst. Die Kirche war erst bis zur halben Höhe geführt.

Und dann schob sich der Wald zwischen Tal und Straße. Und dann kam sie an die Lichtung,

Verhältnis lösen und schrieb ihrem Geliebten einen Abschiedsbrief. Dienstag war nun 2. noch einmal bei der Geliebten erschienen und hatte um eine letzte Aussprache gebeten. Ingleich forderte er ein Päckchen mit Wäsche, das er seiner Geliebten zur Aufbewahrung gegeben hatte, zurück. Die beiden gingen gegen 7 Uhr abends zur Wohnung der Eltern des Mädchens und als das Mädchen mit dem Päckchen wieder zurückkam, stieß 2. unvermittelt den Ahnungslosen sein Taschenmesser mit aller Kraft in die Brust durch das Herz, so daß sie tödlich verwundet niederfiel und in wenigen Minuten verschied. 2. flüchtete nach der Tat, wurde aber eingeholt und der Gendarmerie übergeben. Er gab bei dieser Einnahme an, daß er erst die Geliebte und dann sich selbst töten wollte, aber an der Durchführung der zweiten Absicht durch das Tageslichtkommen von Passanten gehindert wurde.

Juridische Notizen bei Wiener Neustadt. Am 11. August hat die Grenzpolizei in Ederburg im Raaber Bahnhof zwei Männer angehalten, weil sie keine Ausweispapiere hatten. Als man sie auf das Waghimm abführte, töteten sie einen Grenzpolizisten durch einen Revolvererschuss und erlegten den Bahnpostier durch einen Bauchschuß, ein zweiter Grenzpolizist wurde durch einen Streifschuß leicht verletzt. Auch der Bahnpostier ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen. Die Täter ergriffen die Flucht, man konnte jedoch ihre Namen. Die beiden waren der 23jährige Hilfsarbeiter Franz Bauer und der 20jährige Johann Kovacek. Arbeiter im Brennerberger Kohlenwerk. Beide waren in Zillungdorf wohnhaft. Mittwoch hätten sie verhaftet werden sollen. Es scheint nun, daß Kovacek dem Bauer die Freundschaft gekündigt hat, und da Bauer den Witwischer Kovacek unerschütterlich machen wollte, feuerte er aus seinem Revolver zwei Schüsse gegen ihn ab. Er verlegte ihn am Kopfe und am Hals sehr schwer und warf den blutüberströmten Kovacek in den etwa sechs Meter tiefen Ziehbinnen. Das haben aus einer Entfernung von vierhundert Schritt zwei Leute beobachtet. Es wurde die Gendarmerie von Zillungdorf alarmiert und da der Bauer sah, daß es kein Entrinnen mehr gibt, richtete er die Waffe gegen sich und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Er war sofort tot. Man zog Kovacek aus dem Brunnen. Er lebte noch und wurde in das Krankenhaus Wiener-Neustadt gebracht. Hier ist er bald gestorben.

Das Gedächtnis teilweise verloren. Durch Fragen der Behörden werden in nordböhmischen Bezirken, wo der Name Söllmann vorkommt, die Verwandten eines jungen Mannes gesucht. Seine Mutter ist vor dem Kriege in Währen gestorben, sein Vater, Kadettwachtmeister in einem Dragoner-Regiment mit roten Aufschlägen, nahm den 18jährigen Knaben mit in den Krieg; der Vater ist in Ostpreußen im Jahre 1915 gefallen, der Knabe wurde durch einen Granatsplitter am Kopfe schwer verwundet, lag lange Zeit bewußtlos in einem deutschen Spital in Straz und hat die Erinnerung an Namen und Herkunft verloren. In seiner Tasche aufgefundenen Briefarten zeigen den Namen Philipp Söllmann. Der junge Mann besucht eine Mittelschule in ... ist intelligent und fleißig und steht vor der Reifeprüfung. Mitteilungen, die zur Auffindung seiner Angehörigen dienlich wären, können an das Bürgermeistereiamt Roslitz im Riesengebirge gerichtet werden.

Frostwetter in Währen. In den höher gelegenen Teilen Währens ist bereits Frostwetter eingetreten. Der erste Frost wurde in Jglau beobachtet, wo gestern um 5 Uhr früh das Thermometer drei Grad unter Null zeigte. Auch im nördlichen Währen zeigte sich in den ersten Morgenstunden Reif und Frost.

Witterungsübersicht am 6. September. Während sich im Westteil des Staates der Einfluß von Luft-

druckstörungen, die die Depression um Island gegen Standlinien abgestoßen haben, am Mittwoch durch stärkere Bewölkung, in Währen auch durch einzelne Regenschauer (bis 1 Millimeter) anherte, zeigte das Wetter im Osten der Republik gegen Dienstag eine erhebliche Besserung, im ganzen Staatsbereich hatte es sich etwas erwärmt. Die Höchsttemperaturen lagen um 20 Grad C.; in der Südwestflora, wo es vorwiegend heiter und sonnig war, stiegen sie bis auf 26 Grad C. in St. Dalas. Auch die Nacht zum Donnerstag war weidlich der Waog bereits meist wärmer. Die abgestoßenen Störungen haben sich zu einer Depression (754 mm) vereinigt, deren Abwanderung durch Ostland gegen Osten heute Donnerstag auch in unseren Gegenden von schwerer Bewölkung und lebhaftem Westwind begleitet ist. Zwischen ihr und einem neuen Tiefdruck über dem Nordatlantik wird sich zunächst etwas höherer Druck von Südwest gegen Mitteleuropa ausbreiten, weshalb mit einer langsamen Besserung bei sehr kühlen Nächten und nur allmählich zunehmender Tages-temperatur zu rechnen ist. — **Wahrscheinliche Wetter am 7. September:** Langsame Besserung und Beruhigung, Nacht kühl, Tag etwas wärmer.

Brager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Eine Rumäne, Direktor einer Petroleumverkaufsgesellschaft, machte im Zugabteil auf der Reise von Dresden nach Prag die Bekanntschaft einer eleganten Dame, die sich ihm als russische Prinzessin vorstellte. Der als Petroleumverkäufer leicht entzündliche Herr quartierte die Dame in einem eleganten Brager Hotel ein und ließ unweit ihres Zimmers. Das hatte zur Folge, daß sich der Rumäne, als er nach zwei Tagen abreisen wollte, Reisegeld ausborgen mußte, denn die „Prinzessin“ hatte ihm, ohne seine Einwilligung aus der Reisetasche 2000 K. entnommen und war abgereist. Vorher ließ er aber durch einen Brager Anwalt die Strafanzeige gegen die hohle Unbekannte erstatten. — Der Mosterzeuger Josef Pale in Pouchow bei Königgrätz fuhr zur Messe nach Prag. In Mähren eilte er in die Bahnhofrestauration, um ein Glas Bier zu trinken. Als er juristisch hatte sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt. Er sprang auf das Trittbrett des Waggons, glitt aber aus und geriet unter die Räder, welche ihm beide Beine abführten. Auf dem Wege nach Prag starb der Unglückliche an Verblutung.

Aus Natur und Technik.

Baumwolle im alten Ägypten. Das britische Museum hat einen Siegel-Zylinder, der Taten Sanheribs mittelt und von besonderer Wichtigkeit ist, da er über das Wachstum des späteren ägyptischen Reiches, die Topographie von Ninive, und die Art und Weise, in welcher das ägyptische Leben in dieser Periode durch wachsenden Handelsverkehr mit anderen Völkern in Verbindung kam, Aufschluß gibt. Ferner gibt der Zylinder Informationen über die Ausdehnung von Ninive, über seine doppelte Befestigungsreihe, seine Wasserzufuhr, die Namen und die Lage der 15 großen Tore, die die Stadt auf vier Seiten verschlossen. Anderen Siegel-Zylindern verbandt man bereits vielfache Angaben über die Topographie der Stadt, namentlich über den Palast und die Gärten Sanheribs. Der erwähnte Zylinder aber bringt ein Detail, das von großem handelspolitischen Interesse ist. Zwei Abzüge aus dem Zylinder lauten nämlich: Und ich errichte einen großen Park, gleich dem auf dem Amonosberge, in dem alle Arten von Gräsern, Fruchtbäumen und Nüssen vorkamen. Die Produkte der Berge und von Aholba, zugleich mit Nüssen, welche Wölle (oder Floden) tragen, pflanzte ich. . . Die Wiskannu-Bäume und Cypressen, die in den Pflanzengärten wuchsen, und das Schilfrohr in den Weiheren schnitt ich ab, und gebrauchte sie zur Herstellung meiner fürstlichen Bekleidung, wo es nötig war. Die Wäume, welche Wölle oder Floden tragen, schoren sie und bereiteten sie zu Kleidungsstücken. Sanherib nennt den Namen Les Baumes, der Wölle oder Floden trug, nicht; aber es ist doch kein Zweifel, daß man hier eine der frühesten Erwähnungen von Baumwolle und von ihrer Verwendung zu Kleidungsstücken vor sich hat. Sanheribs Zylinder ist vom Jahre 684 v. Chr. datiert, und da frühere Zylinder aus seiner Regierungszeit den Baum nicht erwähnen, so muß er auch um diese Zeit erst in Ägypten eingeführt worden sein, und zwar augenscheinlich aus dem südlichen Vohstorien.

Vererbung von Zwillingen durch den Mann. Daß bei der Entstehung von Zwillingen erbliche Anlagen mitbeteiligt sind, ist bekannt. Doch ist der Erbgang im einzelnen noch nicht festgestellt. Verschiedene Gelehrte vertreten die Ansicht, daß nur die Frau die Anlage zur Vererbung besitze und nicht der Mann. Nun ist man aber in letzter Zeit, wie Albrecht Weiper in der „Äinischen Wochenschrift“ mitteilt, zu einem anderen Ergebnis gekommen. Man fand, daß die Geschwister von Zwillingmüttern ebenso wie die von Zwillingv Vätern um ein Mehrfaches häufiger Zwillinge erzeugten, als eigentlich der Erwartung entsprach. Damit ist eine Uebertragung durch das männliche Geschlecht erwiesen. Ungewöhnlich treffend wird diese Tatsache durch einen Stammbaum beleuchtet, bei dem es sich um eine Mutter handelt, die zuerst einen Mann heiratete, der ein Zwillingkind war. Sie gebar von ihm neunmal hintereinander Zwillinge. Dann heiratete die Frau, in deren Familie keine Zwillinggeburten vorgekommen waren, einen Mann, in dessen Familie ebenfalls Zwillinge nicht erblich waren, und gebar von ihm sechs einzelne Kinder. Die Anlage zu Zwillingen ist also hier zweifelslos durch das männliche Geschlecht weitergegeben worden.

(Nachdruck verboten.)

Die Glücksbude.

38

Erzählung von Ernst Brezgang.

Und dann brachte er sie herein: ein kleines, braunes Mädchen mit leuchten, blühenden Augen, die Weige unter dem Arm.

„Hab' ich's dir nicht gesagt? Gar nicht böse ist sie, unsere Frau Trude. Da, da!“ Er hob sie auf und setzte sie mit stolzem Gestirn nieder. „Das ist sie, Frau Trude! Ist sie nicht hübsch? Und leicht wie eine Feder. Ihr Direktor hat Pleite gemacht. Die Kapelle lief auseinander. Na, und da haben wir uns halt zusammengetan.“
„Er wird großer Direktor werden“, sagte das Mädchen mit einem stolzen Blick auf den Athleten, dem sie knapp bis zur Schulter ging.
„Ja!“ Friedrich wurde es schwer, nun die Hauptrolle zu sagen. „Aber die Glücksbude? Wir wollten nämlich — Frau Trude — wir wollten eine Musik aufmachen.“
„Eine schöne Musik!“ bestätigte Emilia.
„Er macht hum-bum!“
„Bumbum, ja.“ Friedrich ahmte einem Paukenschläger nach. „Mit der Athleterei ist's vorbei, Frau Trude. Der Arm —“

Sie nickte: „Das ist auch ein Andenken an Tattenbach.“
„Ach, lassen Sie doch. Aber was wird mit der Glücksbude? Gut behütet hab' ich sie.“
„Die Glücksbude?“ Frau Trude sah mit einem fast zärtlichen Blick hinaus. „Die Glücksbude fährt ich.“

XVI.

Ueber die Hochzeit und mancherlei Vorbereitungen verging der April. Als aber an der Namstanie die ersten braunen Knospen plakten, da führte Friedrich den Schimmel aus dem Stall heraus und Frau Trude stieg auf den Aufsitzer, nachdem die kleine Emilia sie fast mit Küffen umgebracht hatte. Nun ließen ihr fortgesetzt die

(Schluß.)

Kleine Chronik.

Der Korso auf den Dächern. Der ung. h. m. Verkehr in den Straßen New Yorks machte es schon immer dem Fußgänger schwer, sein Ziel ungehindert und ohne Zeitverlust zu erreichen. In den letzten Jahren ist aber besonders der Auswärtiger derart umfangreich geworden, daß das Überleben der Straßen tatsächlich mit direkter Lebensgefahr verbunden ist. Nebenbei bieten natürlich auch die Fußgänger für den Auto- und Wagenverkehr ein unliebsames Hindernis, und da bekanntlich in Amerika der Grundbesitzer herrscht, "time is money", so bemühen sich die Behörden schon seit Jahren, diesem doppelten Uebelstand abzuwehren und für eine möglichst glatte und gefahrlose Abwicklung des Verkehrs zu sorgen. Es fehlte nicht an allerlei Anträgen, die jedoch fast alle unbrauchbar waren. Da heute nun die Lösung dieser Frage dringender als je geworden ist, hat man einen Preis ausgeschrieben für die beste Idee, die dem "Transitverkehr" New Yorks anheimgestellt ist. Unter den Vorschlägen, die auf das Preisauschreiben hin gemacht wurden, befindet sich der folgende, der am interessantesten und originellsten ist und auch von den Zeitungen am meisten besprochen wird. Dieser Plan beschäftigt sich damit, den Fußverkehr — auf die Dächer zu verlegen! 30 bis 40 Stockwerke hoch aus dem Zentrum des Straßenbetriebs, eine New Yorker Zeitung schreibt dazu: "Wenn wir schon gelernt haben, über Wasser zu gehen in Ozeandampfern, wie gern werden wir lernen, in freier, freier Luft ungehindert dahinzuschreiten über Häuser und Dächer hinweg, nicht wie Nachzügler, sondern wie „aufgeweckte Menschen!" Jedenfalls würde eine Architektur, der es gelingt, solche Lustpromenaden, womöglich mit Gärten und Parks, anzulegen, ein neues Weltwunder schaffen.

Eine Witwenverbrennung im Jahre 1923. Die Strenge, mit der die Engländer in Indien den alten Brauch der Witwenverbrennung verfolgen, hat ihn noch immer nicht gänzlich ausrotten können. Erst vor einigen Wochen ereigte in Indien ein Fall von "Sati" ungeheures Aufsehen. In Etanah, einer Stadt bei Delhi, war ein junger Hindu namens Ganga Din Ahir gestorben. Als nach dem brahmanischen Ritus die Leiche auf einem Scheiterhaufen verbrannt werden sollte, erklärte die Witwe, Musammatt Ahla, sie wolle sich allen Verböten zum Trotz mit dem Geliebten verbrennen lassen. Das geschah auch in der feierlichsten Weise und in Anwesenheit aller Verwandten und Bekannten. Musammatt Ahla bekleidete sich nach einem Bad im heiligen Ganges mit feingewebtem und ihrem Hochzeitskleid. In den Händen trug sie als Zeichen des ewigen Lebens einen immergrünen Zweig und als Zeichen der Reinheit ein Gefäß mit Wasser. Die Priester salbten ihr Gesicht mit Schwefelöl, damit es rasch verbrenne und der Tod rasch eintrete, dann stieg, während die Brahmanen Gebete sprachen und eine laute Musik spielte, die junge Witwe mit dem dreimaligen Ruf "Sati!" auf den Scheiterhaufen, auf dem schon ihr Gatte lag, und verbrannte an der Seite der Leiche.

Gerichtssaal. Vom Prager Alltag.

Prag, 5. September. Abseits von den Hauptverkehrsstraßen Groß-Prags, sowohl den engen, von geschäftigem Leben erfüllten Gassen der Altstadt und der Kleinseite, als auch in den breiten und ruhigen Straßen der neueren Stadtteile, findest du heute noch das typische Kleinstadtmilieu mit seinen, ganze Straßenzüge in gleicher Liebe wie das eigene Ich umfassenden Alltagsfreuden und Widerwärtigkeiten, wie es draußen auf dem Lande in Provinzstädten und Städten das ganze Leben des "eingesessenen" Bürgers beherrscht. Mit all den Kleinlichkeiten und der so grotesk wirkenden Großtuerlei gemahnt dieses Prager Kleinstadtleben so recht an die Zeit, in der die Siebelstädter der Prager Altstadt noch nicht auf Straßenbahnen und Autos, auf englisch gekleidete Modedamen und auf die durch die Fabrikarbeit ausgemergelten Proletarier, sondern auf das Leben im mittelalterlichen Prag herabblühten. Und wird dieser Prager sich seit Jahrzehnten gleichgebliebene Alltag einmal in das Gerichtsgebäude gezerrt, so wirkt er in den nüchternen Gerichtssaal — neben Dampfheizung und elektrischen Lustern — noch unmittelbarer und unfähbarer als beispielsweise ein Straßenbahnwagen neben dem Prager Pulverturm.

Davon konnten sich heute die Zuschauer in einem Gerichtssaal des Prager Landesgerichtes überzeugen. Eine Frau S. hatte sich da wegen Beschädigung fremden Eigentums zu verantworten. Sie hatte einer ihr bekannten Geschäftsfrau einen Schaden von 918.80 K zugefügt, indem sie ihr eine Menge Waren mit dem Inhalte eines — Nachttopfes übergeh. Die beiden Frauen wohnen in einer ruhigen Vorstadt von Prag. Gute Freundinnen waren sie einmal vor langen Jahren. Als aber einmal die Frau S. die Milch aus dem Geschäft ihrer Freundin abfälliger kritisierte, war es mit der Freundschaft vorbei. Und zwar gründlich. Nam nämlich jetzt die S. und wollte im Geschäft etwas kaufen, so perrte ihr ihre Feindin das Geschäft vor der Nase zu, wenn auch gerade noch andere Kunden kamen. Dafür fand die Frau S. ein Vergnügen daran, alle aufgewordene Eier zu sammeln. Sie immer vor größtem Publikum bei der Milchkiste im Hofe zu zerbrechen und zu erklären, daß diese Eier bei ihrer ehemaligen Freundin gekauft wurden. Der Kampf zwischen den beiden ging so jahrelang, ohne daß von beiden Seiten irgendwelche besondere Boswilligkeiten begangen

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

worden wären. Doch am Abend des 8. Juni geriet die ganze Straße in Aufregung. Es war knapp nach 7 Uhr, als sich vor dem Laden der Frau S. — der Feindin der S. — eine größere Menschenansammlung zusammenrotete, entrüstete Stimmen laut wurden und dazwischen durch zwei schon auf Sopran gestimmte Frauenhefen sich im Bestreben Luft verschafften. Und über all dem lag ein Duft, wie man ihn in der Nähe gewisser grüner Häuschen zu spüren bekommt. Ein Wachmann drängte sich durch die Menge und hatte es bald festgestellt: Bei einem der alltäglichen Zusammenstöße hat Frau S. ihrer Feindin Salz und Pfeffer in die Augen gestreut, worfür diese mit einem Nachttopfhaltergüß antwortete.

Der Umstich des Richters gelang es, bei der heutigen Verhandlung die getrene Wiedergabe eines Stückchens Prager Kleinstadtlebens im Gerichtssaal zu verhindern. Schließlich mußte der Richter Frau S. freisprechen, weil ihre Aussage — sie habe in Abwehr gehandelt und jede Beschädigung fremden Eigentums sei ihr fern gelegen — den Eindruck der Glaubwürdigkeit machte.

Ein anderes Alltagsbild: Der Rutscher Franz W. aus Rotenhof, der noch nicht lange in Prag ist, hat die Gewohnheiten seiner Heimat noch nicht vergessen. Und glaubt noch immer, daß er, wenn sein Wagen nicht beladen, im raschesten Galopp nach Hause fahren kann. In Rotenhof, wo jede fünf Stunden ein Wagen durchs Dorf fährt, hat er sich das ja erlauben können — in Prag kam er bald mit der Polizei in Konflikt. Als er dabei sogar dem Wachmann, der die in rasendem Galopp dahersürmenden Pferde aufhalten wollte, mit der Peitsche eins über die Finger versetzte, wurde er vor Gericht gestellt. Ein Monat schweren Kerkers war das Resultat dieser ersten Bekanntschaft Prags mit dem Gerichte. Die Verurteilung erfolgte allerdings bedingt.

Nachstehender Fall hat mit dem Prager Kleinstadtmilieu nichts mehr zu tun. Er ist vielmehr ein Produkt der heutigen Entwicklung, des heutigen Großstadtlebens von Prag, auf dessen Boden besonders die wilde der Taschendiebstahl sich unheimlich vermehrt. Menschenansammlungen im Freien einerseits — sei es nun in Bahnhöfen, bei den Stationen der Straßenbahn oder vor Kinotheatern —, vor Bank- und Posthäusern andererseits sind das Tätigkeitsfeld dieser langfingerigen Gilde.

Als der Polizeikommissar Dubnik eines Tages im Juli sich im Schalterraum der Zinobank aufhielt, erwischte er drei Taschendiebe in flagranti. Dieses Ereignis wäre an sich nicht erwähnenswert, wenn es nicht etwas Sonderbares im Gefolge gehabt hätte: Der Besitzer der bei den Langfingeren gefundenen 1000-Kronennote, der bei dem Eingreifen des Inspektors Dubnik nicht abhandeln weggegangen war, meldete sich nicht, obwohl man ihn dann auch durch die Tagespresse suchte. Die drei Taschendiebe half es allerdings wenig, daß sie jetzt erklärten, daß Geld hätte ihnen gehört. Sie wurden heute zu je zwei Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Der Besitzer der 1000-Kronennote hat sich aber bis heute noch nicht gefunden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Krankenkassen über die Sozialversicherung. Der Versicherungsrat, der alle Krankenkassenverbände der Republik vereinigt, hielt gestern eine Sitzung ab, in der über den Beschluswurf betreffend die Sozialversicherung beraten wurde. Der Versicherungsrat wählte eine Kommission aus Vertretern aller Verbände mit dem Auftrage, den Beschluswurf über die Sozialversicherung zu beraten und ihren Bericht der Plenarsitzung des Versicherungsrates vorzulegen, die am 20. September stattfindet.

Der Streik in der ostböhmischen Juteindustrie. Wir entnehmen einer knappen Meldung im „Textilarbeiter“, daß der Streik in der ostböhmischen Juteindustrie nach mehrwöchiger Dauer beendet wurde. In den bestreikten Betrieben in Hohenelbe, Bärnsdorf und Jungbunzlau wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Ueber die Ergebnisse des Lohnkonfliktes werden wir noch berichten.

Einfuhr von Getreide und Mehl. Die Nachrichtenabteilung des Handelsministeriums teilt mit: Im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien wird vom 7. September angefangen, die Einfuhr von Weizen, Roggen und Mehl in monatlichen Kontingenten bewilligt. Für die Monate September und Oktober wird dieses Kontingent mit 1500 Waggons für jeden Monat einschließlich des französischen Kontingents festgesetzt. Zum mindesten die Hälfte der angeforderten Einfuhr muß durch Einfuhr von Getreide erschöpft werden. Gleichzeitig wird mit Kundmachung des Handelsministeriums vom 6. September die Einfuhr von Weizen und Roggen von der Einfuhrgebühr befreit.

Ueber zweitausend Betriebsstillegungen in Sachsen. Wie die „Sächsisch-Böhmische Korrespondenz“ erfährt, sind im Laufe des Monats August mehr als zweitausend Anzeigen über geplante Betriebsstillegungen beim sächsischen Arbeitsministerium eingegangen. — Danach kann sich jedermann ein Bild des Umfangs machen, den die Arbeitslosigkeit im September annehmen wird, sobald die für Betriebsstillegungen und Abbrüche vorgeschriebene Frist abgelaufen sein wird und die Stillegungen Wirklichkeit werden.

Die Lohnbewegung im ober-schlesischen Kohlenrevier mit Erfolg beendet. Die Gefahr des Generalstreikes in Oberschlesien ist beseitigt, da beide Parteien den Spruch des in dieser Angelegenheit eingesetzten Schiedsgerichtes annahmen, welches den Kohlenarbeitern eine 30prozentige

und den Arbeitern in den Eisen- und Zinkhütten eine 32prozentige Lohnerhöhung zuerkannte.

Polens Wirtschaftslage. In einer Pressekonferenz entwarf Ministerpräsident Witos ein Gesamtbild der wirtschaftlichen und innerpolitischen Lage Polens. Er erklärte u. a., daß auf Grund des zwischen dem parlamentarischen Mehrheitspartei geschlossen Paktes in allernächster Zeit dem Sejm ein Gesetzentwurf vorgelegt werden wird, welcher die Bodenreform beschleunigen soll. Die Finanzlage des Staates bezeichne der Ministerpräsident als schwierig, doch werden energische Sanierungsmassnahmen ins Leben gerufen werden, die vor allem das Gleichgewicht im Staatshaushalte herstellen sollen. Der Ministerpräsident kündigte ferner ein rücksichtsloses Vorgehen gegen den Warenwucher und die Teuerung an. — Die Teuerung im August stieg im Vergleich zum Vormonat um 98.10 Prozent.

Gute Ernte in Rußland. Der „Pravda“ zufolge wird die heurige russische Ernte 75 Prozent der Vorkriegsernte ergeben. Die heurige Ernte ist auch um 18 Prozent höher als die vorjährige.

Devienkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Jährlich	Schw. Frank	16.55/00
Berlin	Mark	1.000.000/00
Wien	Sterr. Kr.	2118/00

Prager Kurse am 6. September.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1836 50	1840/50
10.000 Mark	0 50	1 00
100 belg. Francs	156 00	157 50
100 schwed. Frank	613 75	616 25
1 Pfund Sterling	153 75 00	155 25 00
100 Lire	144 75 00	146 25 00
1 Dollar	3 80 00	3 84 00
100 franz. Francs	19 175 00	192 25 00
100 Dinar	36 12 50	36 02 50
10.000 ungar. Kronen	17 25 00	19 25 00
10.000 poln. Mark	—	—
10.000 österr. Kronen	4 65 00	5 15 00

Züricher Schlusskurse am 6. September.

	Geld	Ware
Paris	30 95 00	31 05 00
London	25 10 00	25 13 00
Berlin	0 00 125	0 00 002
Mailand	23 55 00	23 62 50
Holland	218 00 00	218 50 00
Wien	0 00 78 00	0 03 78 37
Budapest	0 02 93	0 03 10
Bras	16 50 00	16 00 0
New York	5 55 75	5 56 75
Belgrad	5 70 00	5 9 00
Warschau	0 00 22 00	0 00 22 00

Kunst und Wissen.

„Rheingold“ von Richard Wagner. Neues Deutsches Theater, 5. September 1923. Bedeutungs- voll hat die Oper ihre Tätigkeit nach den Sommerferien mit Wagners „Rheingold“ wieder aufgenommen. Als Zeichen von guter Vorbedeutung wollen wir es auch ansehen, daß Opernchef Alex. Zemlin sich gleich diese erste Vorstellung selbst dirigierte. Ihm ist es auch zu danken, daß die musikalische Aufmachung des Opernabends trotz zahlreicher Neubestellungen künstlerisches Niveau hatte und gegenüber der früheren Fassung nicht allzu sehr abfiel. Als gute Neubestellungen erwiesen sich, wie nach den früheren Gastspielen vorauszusehen war, Frau Wolf-Dittrichs „Frieda“, Frau Hussas „Freia“ und Fr. Franz „Erda“. Auch Herr Straß als neuer Loge hat in dieser gefanglich und darstellerisch schwierigen Rolle, die mehr als heldentorale Stimmführung und Mäuren erfordert, sehr gut gewirkt und bemerkenswerte Vielseitigkeit und Verwendbarkeit geoffenbart. Weniger befriedigt hat der blonde Riese Fajost Herr Grebes, der diese Rolle nach Verthold Sterned übernommen hat und wohl schon darum im Nachteil der Vorkingenommenheit war. Aber selbst bei aller Rücksichtnahme und bei aller Anerkennung der ehrlichen Absichten dieses Sängers ist über dessen stimmliche und gefangstechnische Fehler nicht hinwegzukommen. Auch Frau Hoffmann-Lippes „Frohilde“ entsprach nicht den gefangstechnischen Qualitäten der beiden anderen Rheintöchter. Die wahre Kunst des Abends ging wieder von Herrn Schwarz' prächtigem Wotan aus. —ek.

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

	Luftdruck reduziertes Meeresspiegel	Temperatur °C	Niederschlag und -höhe (mm)	Wetter	Barometrischer Stand	Temperatur gef. nachm.
0. September 1923 morgens						
Prag	707	11	WSW,	bedeckt	1/1	19
Brünn	707	10	N,	Rebel	0	21
Rechtzbil (Joland)	740	8	N,	Regen	5	12
Schornowah (Hebr.)	702	14	SW,	bed.	0	12
Valencia (Irland)	711	14	SO,	Regen	1/1	14
London	711	10	W,	bed.	1	12
Hfize (Norwegen)	702	11	NW,	bed.	1/1	12
Stockholm	705	10	NW,	1/2 bed.	4	12
Domburg	705	14	SW,	Regen	5	15
Barichau	702	11	WSW,	bed.	1/1	20
Paris	712	14	W,	bed.	0	20
Batavia	711	11	W,	1/2 bed.	0	19
Wien	705	13	WNW,	bed.	2	19
Belgrad	700	14	WNW,	bed.	4	28
Budapest	—	—	—	—	—	—
Warschau (Prant.)	712	13	S,	heiter	7	20
Florenz	—	—	—	—	—	—
Athen	701	4	—	bed.	0	—

Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert):
 Donnerberg 840 m 082 7 WNW, bed. 0 12
 Schneetoppe 1010 m 029 2 WNW, 1/2 bed. 1/1 5
 Zugspitze 2960 m 535 8 NW, Rebel 1/1 —

Neues Theater. Heute halb 8 Uhr, Der Raub der Sabinerinnen mit Siegfried Hofner; morgen Samstag 7 Uhr Puccinis Oper „Madame Butterfly“, 10 Uhr nachts „Amor in Nikolsburg“; Sonntag nachmittags „Amor in Nikolsburg“, halb 7 Uhr abends Richard Wagners „Lohengrin“ in neuer Fassung.

Waldfest in Bürgstein. (Künstlerische Leitung Kurt Bismayer.) Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. September 1923 um 4 Uhr nachmittags: „Der Freischütz“, Oper von Carl Maria von Weber. Gäste: Heddy Dorfmeister, Käthe Huber, Rudolf Zibeneicher, Franz Kaver Ponte. Orchester: Das vollständige Theaterorchester von Wagnsdorf. Chor: Der Gesangverein „Harmonia“ in Bürgstein. Musikalische Leitung: Kapellmeister Herrmann Ludwig. — Samstag, den 8. September 1923, 8 Uhr abends, im Hofsaal in Bürgstein Orchesterkonzert, ausgeführt von der Theaterkapelle Wagnsdorf (Kapellmeister Steffen).

Aus der Partei.

Zur Wahlbewegung in Pilsen. Die Leitung der Einkaufsgesellschaft der Gemischtwarenhandler und Greiskler in Pilsen hat in ihrer Dienstag abgehaltenen Sitzung beschlossen, bei der am 1. September stattfindenden Gemeinderatswahl für die Liste der deutschen Sozialdemokraten (Stimmliste Nr. 2) zu stimmen, was hiemit allen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht wird. — Gleichzeitig wird hier bekannt gegeben, daß Donnerstag, den 13. September d. J. im Vereinslokal „Goldener Hirsch“, Marktplatz, eine Vollversammlung der Einkaufsgesellschaft stattfindet, zu der alle Mitglieder vollständig zu erscheinen haben.

Turnen und Sport.

Neue Weltrekord Arne Borg. In Stockholm schwamm Arne Borg 400 Meter in der Zeit von 5:06.4 (neuer Weltrekord) und verbesserte den schwedischen Rekord über 440 Yards auf 5:03.2.

Prager Wettpiele. Samstag: Amateure Wien gegen AG Sparta; Meisterschaftsspiele: Union Zikow gegen SK Liben, Meteor Vinohrad gegen Slavoj VIII. — Sonntag: DFC gegen T. u. S. 1860 München, Mattabi Brünn gegen Oechie Berlin, SK Zibeneicher gegen Sparta. Pokalspiele 3. Runde: Ruselstj SK gegen Viktoria Rusje, Hfize Brkovic gegen Kolim, Meteor VIII gegen SKFC, Liben gegen Viktoria Vinohrad.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Eine lebende Brücke aus Menschenkörpern wölben die Sträflinge bei der Flucht Juliane Willandts über einen tiefen Abgrund. Diese sensationelle Szene bildet einen Teil des Monumentalfilmes „Ein Justizirrtum“, welcher von Freitag an im Bio Louvre und Lucerna zur Aufführung gelangt. 1796a.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei in Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß für den Druck verantwortlich: C. Salla.

SANSSOUCI Telefon 1007.
Das schönste Weib der Welt:
Die Königin v. Saba
Grandioser Film der Königslobe, größtes Werk amerikanischer Produktion. 1791

Louvre-Lucerna
Das Kulminationsprogramm der Saison:
Ein grandioses Filmwerk! 1796
Justizirrtum
Libretto-Regie. Hauptrolle Alexander Monochin.
Lucerna-Louvre

Wo vertehren wir?

Café Continental, 1008 Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, 3 Prag-Melanzana.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smetich 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich. PRAG II., Hybernaká Nr. 1.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.